

# Alerta Südthüringen

Infoheft für antifaschistische Kritik und Aktion aus Südthüringen



Schwerpunkt im Heft: Rassistische Basisbewegungen in Südthüringen

- ▶ Aufmarsch von abstiegsgeängstigten Deutschen in Suhl
- ▶ Arnstadt: Anwohner machen Stimmung gegen Geflüchtete
- ▶ Einwohnerversammlung wegen Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Suhl
- ▶ Die Schmuttelkinder aus dem Osten

	Editorial	—	3
Was ist los in Südthüringen (und Umgebung)? – Short News zum alltäglichen Wahnsinn in unserer Region		—	4
	Aufmarsch von abstiegsgeängstigten Deutschen in Suhl	—	9
	Dokumentation des Positionspapiers des autonom-antifaschistischen Fuck SÜGIDA-Bündnisses	—	16
	Arnstadt: Anwohner machen Stimmung gegen Geflüchtete	—	18
	Einwohnerversammlung wegen Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Suhl	—	22
	Die Schmutzkinder aus dem Osten	—	24
	Alerta hakt nach – Brief an die Leser	—	29
Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Südthüringen 1933–45 – Teil I		—	30
	Dokumentation des Flyers „Deutschland? Nie wieder!“	—	34
	Termine	—	37
	Zum Schluss ein Witz	—	39

*Unser Titelbild zeigt eine antifaschistische Spontandemo gegen den dritten SÜGIDA-Aufmarsch am 26. Januar 2015 in Suhl.*

So erreicht ihr uns:

### Alerta Südthüringen

c/o Infoladen Arnstadt      antifa-sth @riseup.net  
 Plauesche Str. 20          www.agst.afaction.info  
 99310 Arnstadt

Vi.S.d.P.: Stefan Müller, Straße der Opfer des Faschismus, 98527 Suhl

**Z**EHN WOCHEN in Folge, mit Ausnahme des Rosenmontags, marschierten in den ersten Monaten des Jahres hunderte Neonazis und andere Rassisten jeden Montag durch Suhl. Seit Jahren, vielleicht Jahrzehnten, hat es nicht mehr so große Naziaufmärsche in Thüringen gegeben. Auch wenn der Zulauf vorerst gestoppt scheint und aus dem Thüringer PEGIDA-Ableger SÜGIDA inzwischen THÜGIDA mit Montagsaufmärschen auch in anderen Regionen Thüringens wurde, die Gefahr, die von dieser neuen faschistischen Mobilisierung ausgeht, ist noch nicht gebannt. Ihr Auslöser ist unzweifelhaft der Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland und die Reaktion des rassistischen Massenbewusstseins großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung, die die Geflüchteten nicht als Hilfesuchende Willkommen heißt, sondern als Konkurrenten um die künstlich verknappten Zugänge zum kapitalistischen Wohlstand begreifen will bzw. – um sich die Einsicht in die eigene Überflüssigkeit fürs Produktionsverhältnis vom Leib zu halten – begreifen muss. Diese Situation ist zuallererst für die Geflüchteten eine bedrohliche, aber auch für Menschen, die die kapitalistische Ordnung und ihr Krisenbewusstsein aus guten Gründen ablehnen und kritisieren oder ihr wenigstens versuchen etwas Menschlichkeit abzutrotzen.

Weil wir dieses Ärgernis in (Süd-)Thüringen so schnell nicht loswerden und uns die Naziaufmärsche im braunen Erlebnisfrühling des Jahres 2015 mit ungezählten Aufmärschen in den kommenden Wochen und Monaten noch eine Weile beschäftigen werden, hat auch die aktuelle Ausgabe unseres Magazins für Antifaschismus aus der Region Südthüringen den Schwerpunkt wieder auf die rassistischen Basisbewegungen in der Region gelegt.

Ihr findet in diesem Heft also ein Zwischenresümee der bisherigen Aktivitäten von SÜGIDA sowie einige Informationen über die Hintermänner und -frauen. Wir thematisieren die Lage um das von den Nazis angefeindete bestehende Flüchtlingsheim auf dem Friedberg sowie die Situation über eine vorerst bloß angekündigte Unterkunft im Arnstädter Wohngebiet Rabenhold. Diese Unterkunft wird gleich von zwei rassistischen Fraktionen innerhalb der Arnstädter Rechten ins Visier genommen, nämlich vom neidgeplagten Wutpöbel aus der Unterschicht und von den Wohlstandschauvinisten aus der wutbürgerlichen Mittelschicht, angeführt von AfD, Pro Arnstadt und deren Zentralorgan Arnstädter Stadtecho. Letzteres wird diesmal eher am Rande thematisiert, dafür schauen wir uns die AfD im Ilm-Kreis und deren neueste Veröffentlichung etwas genauer an.

Und weil die deutsche Rechte vor allem im Osten Deutschlands um den Untergang des Abendlandes fürchtet und Antifaschisten damit beschäftigt sind, die Deutschen vom ritualisierten Verhalten der Vorwärtsverteidigung abzuhalten, ist ein viel wichtigeres Thema beinahe völlig untergegangen: 2015 jährt sich zum 70. Mal die Befreiung Europas von Nazideutschland. Wie erschreckend nah die deutsche Vergangenheit wieder in die Gegenwart gerückt ist, müssen wir euch an dieser Stelle dann auch nicht mehr erörtern. Um diese Vergangenheit aber immer wieder dem Vergessen zu entreißen, starten wir in dieser Ausgabe eine dreiteilige Reihe, die den antifaschistischen Widerstand in Südthüringen während der NS-Herrschaft in Deutschland zum Thema macht und hoffen, ihr findet zwischen Demoplanung und Alltagssorgen doch etwas Zeit, um der Niederlage Deutschlands und der Befreiung der letzten Überlebenden des deutschen Vernichtungswahns vor 70 Jahren zu gedenken; das Leben zu feiern, während montags der Tod durch unsere Städte marschiert.

Die nächste Ausgabe soll im Spätsommer 2015 erscheinen. Wie immer freuen wir uns über Mitarbeit, Kritik, Hinweise und Themenvorschläge. Meldet euch einfach!

Mit antifaschistischen Grüßen,  
 eure Alerta Redaktion

### Nazi-Konzerte im Raum Südthüringen

IN KIRCHHEIM fanden Ende letzten Jahres sowie Anfang dieses Jahres mehrere Nazikonzerte im Fachwerkhof Kutz statt. Der Frontmann der einschlägig bekannten Neonaziband SKD aus Gotha, Thomas Wagner, organisierte dort zum Beispiel am 27. Dezember 2014 unter dem Titel „Rock am Kreuz“ ein Konzert mit den Bands Heiliges Reich, Frontfeuer, Tätervolk, Exzess und Treueorden. Wagner war beteiligt an dem Überfall auf eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt in der Nacht vom 8. auf den 9. Februar 2014 und ist Geschäftsführer des Neonazi-Labels „Frontschwein-Records“ mit Sitz in Ballstädt. Beim „Rock am Kreuz II“, dem zweiten Konzert der Konzertreihe, traten neben Lunikoff, der zwei Wochen zuvor noch in Kloster Veßra bei Tommy Frenck gastierte, „Radikahl“, „Skalinger“ und „Treueorden“ auf, welche bereits mehrmals mit Wagners Band SKD spielten. Außerdem lud Michael Fischer am 7. Februar im Anschluss an den von ihm organisierten alljährlichem Nazi-Trauermarsch durch Weimar zu einem Konzert nach Kirchheim ein. Das Konzert wurde als Solidaritätskonzert beworben, wobei die eingenommenen Gelder Tim Wendt und Michael Fischer, der beim Trauermarsch der Nazis 2014 den Weimarer Polizeichef angriff, zugutekommen sollten. Es spielten neben anderen bekannten Neonazibands „Unbeliebte Jungs“ aus Sonneberg und „12 Years“ aus Apolda.

### Beteiligung von AfD-Mitgliedern aus dem ILM-Kreis und Südthüringer Neonazis an Braunzonenaufmarsch<sup>1</sup>

AM 24. JANUAR organisierten PEGADA-Anhänger (Patriotische Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes) eine

<sup>1</sup> Eine ausführliche Einschätzung der Demonstration könnt ihr online in der aktuellen Lirabelle nachlesen: <http://goo.gl/hmfsl>

antisemitische Demonstration in Erfurt unter dem Motto „EnDgAmE“ (Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas). Verschwörungstheoretiker, Antisemiten, Amerikahasser, Nazis und Hooligans kamen hier zusammen, um gegen ihr Feindbild Amerika zu demonstrieren.

Dass sich hierbei auch einige wahnsinnige Gestalten aus Südthüringen beteiligen, verwundert, angesichts der dort vertretenen Positionen, nicht. Im Gegenteil: Ihre Teilnahme ist nur konsequent. Rüdiger Schmitt aus Eischleben, AfD-Vorsitzender des Kreisverbandes ILM-Kreis der AfD, besuchte bereits im letzten Jahr die Erfurter Montagsmahnwachen und lief bei einer PEGIDA-Demonstration in Dresden mit. Die Neonazis Philipp Miene aus Suhl und Manuel Schneemann aus Arnstadt nahmen ebenfalls an der Erfurter Demonstration teil.



Islamkritiker und AfD-ILM-Kreis-Chef Rüdiger Schmitt demonstriert unter der Fahne der islamischen Republik Iran am 24. Januar 2015 durch Erfurt

### Prinz Chaos rechtfertigt sich gegen Kritik der Antifa Suhl/Zella-Mehlis

IM VORBEREITUNGSKREIS des NoSÜGIDA-Bündnisses, soviel darf verraten werden, gab es einige Auseinandersetzungen um den Auftritt des linken Künstlers und Schlossbesitzers aus Weitersroda, Florian Kirner, aka Prinz Chaos II. Kirner zitiert auf seinem Blog aus einem internen Schreiben der Antifa Suhl/Zella-Mehlis an den Vorbereitungskreis von Ende Januar und rechtfertigt sich u.a. gegen die Kritik an seinem Engagement für die verschwörungsantisemitischen Montagsmahnwachen, die Kirner sogar auf sein Schloss einlud (Vgl. Alerta Südthüringen #2, S. 16). Kirner gibt zu bedenken, dass seine Intervention selbstverständlich kritischer Art war und er eine „Firewall gegen Antisemitismus“ in eine Veranstaltung einbauen wollte, die von Beginn an Israel und die USA, wo nicht Rothschilds und Bilderberger zur Wurzel allen Übels erklärte. Kommende Projekte der Kirner'schen Alles-ist-möglich-solange-ich-dabei-bin-Show sind unbestätigten Angaben zufolge: eine Firewall gegen Rassismus bei PEGIDA, eine Firewall gegen Islamismus beim Islamischen Staat und ein Projekt zur Leugnung der Schwerkraft. Wir wünschen viel Erfolg!

### Rumpelstilzchen verabschiedet sich aus Meiningen Stadtrat

SVEN DIETSCH versuchte sich bereits als Autonomer Nationalist, Anti-Antifa-Aktivist und landete schlussendlich bei der NPD als Kandidat für den Meiningen Stadtrat. Auch dort brachte er es nicht weit, meldete sich seit seinem Einzug im Mai 2014 nicht einmal zu Wort. Seine „Aktivitäten“ im Stadtrat stellte er nun zum 15. Februar ein und verzog aus Meiningen. Weit kam Dietsch aber nicht. Im gleichen Landkreis gelegen, fand er in Wasungen sein neues Zuhause. Ob Dietsch seine politischen Aktivitäten gänzlich einstellt, ist nicht bekannt. Der potentielle Nachrücker für Dietsch, Frank Böhm, trat die Nachfolge des kleinen Neurotikers nicht an und so bleibt der der NPD vorbehaltene Sitz im Meiningen Stadtrat leer.



Dietsch als Ordner auf einer NPD-Demonstration am 18. Juni 2011 durch Kirchheim

### Siegesfeier in Erfurt anlässlich der Befreiung Kobanê

AM 26. JANUAR meldeten die kurdischen Frauen- und Volksverteidigungseinheiten (YPJ & YPG), dass die Stadt Kobanê im Norden Syriens befreit und die Terrorgruppen des Islamischen Staates zurückgedrängt wurden. Anlässlich dieser guten Nachricht rief der Erfurter Kulturverein Mesopotamien und Unterstützer zu einer Siegesfeier am 31. Januar auf dem Erfurter Anger auf. Dort versammelten sich circa 80 Menschen und hörten verschiedenen Redebeiträgen zu oder tanzten ausgelassen zu Musik, um den Etappensieg über die islamistische Organisation zu feiern. Derzeit kämpfen die Kurden an unterschiedlichen Fronten in Syrien und Irak noch immer gegen die Terrormilizen.

### Praktische Hilfe für Geflüchtete in Ilmenau

DASS ES IN SÜDTHÜRINGEN nicht nur rassistische Basisbewegungen gibt, die gegen Geflüchtete hetzen, zeigt sich am Beispiel Ilmenau. Dort gründete sich ein ehrenamtliches Netzwerk („Refugees welcome – Flüchtlinge Willkommen in Ilmenau“) mit fast 200 Menschen, die in verschiedenen Bereichen Geflüchteten Hilfe und Unterstützung anbieten. Das Netzwerk organisiert sich in mehreren Arbeitsgruppen, die beispielsweise bei schulischen Belangen, Kinderbe-

treuung oder medizinischer Versorgung helfen. Anliegen des Netzwerkes ist es, persönlichen Kontakt herzustellen und schnelle Hilfe bei Problemen bereitzustellen. Ein Beispiel: Eine Familie, die aus Albanien geflohen ist, wurde zu einem Termin um 6:45 Uhr morgens zur Ausländerbehörde nach Hermsdorf geladen. Aufgrund der schlechten Anbindung mit Nahverkehrsmitteln war es der Familie nicht möglich rechtzeitig zu dem Termin zu erscheinen. Durch das Engagement einer HelferIn konnte der Termin ein paar Stunden nach hinten verlegt und die Anreise mit einem Auto organisiert werden.

Circa 100 freiwillige Helfer haben Patenschaften für die 21 Familien übernommen. Unterstützung bekommen die Geflüchteten unter anderem in Form von Spenden oder bei Sprach- und Verständnisschwierigkeiten.

### Montagsmahnwachen in Ilmenau

SEIT MONTAG, den 9. März, finden in Ilmenau Montagsmahnwachen der Initiative „Ilmenau gegen Krieg und neue Stasi“ statt. Anmelder und Redner der von weniger als einem Dutzend Leute besuchten Veranstaltung ist Siegfried Seifert aus Gräfenroda, der durch wechselnde, an seiner Hausfassade befestigte PVC-Banner bereits seinen mit Wahnvorstellungen gespickten Ängsten vor Überwachung und Krieg Ausdruck verleiht. Inhaltlich wurden bei den Kundgebungen die klassischen Themen vertreten, wie sie von den Montagsmahnwachen des vergangenen Jahres, etwa in Erfurt, bereits bekannt sind: statt die kapitalistischen Verhältnisse als alles durchdringende Totalität zu begreifen und sich Gedanken über ihre Überwindung zu machen, sucht man lieber Schuldige bei vermeintlich oder wirklich mächtigen Akteuren: die EU, die USA oder einfach „die da oben“. Statt die Widersprüche in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu begreifen, wird für die alles gleichmachende Volksfront, etwa für die Einheit von SÜGIDA und deren Gegnern, getrommelt.

Die erste Veranstaltung wurde zunächst unter dem Namen PEGIDA beworben, wobei das I für Stasifizierung stehen würde, weil in jenem Wort mehrere I-Buchstaben enthalten seien – wie

einleuchtend. Das Label PEGIDA wurde letztendlich, und nach Intervention der ursprünglich als Mitorganisator genannten Piratenpartei, abgelegt, da man nicht in die rechte Ecke gestellt werden wolle. Die Piratenpartei distanzierte sich schnell von der Veranstaltung, auch wenn sie nicht bestreiten wollte, dass es thematische Schnittmengen zum Parteiprogramm gebe.

Bei den jüngsten Montagsmahnwachen beteiligten sich auch jene Verschwörungsantsemiten, die bereits im vergangenen Jahr aus Ilmenau nach Erfurt zu den Montagsdemos gereist waren (Siehe Alerta Südthüringen #2, S. 16f).

### Schmierereien am Arnstädter Parteibüro von Die Linke

DAS PARTEIBÜRO des Linkspartei-Landtagsabgeordneten Frank Kuschel in Arnstadt wurde in der Nacht zum 20. Februar mit dem Schriftzug „NPD“ beschmiert. Nicht nur das Ziel, sondern auch der Schriftzug lässt kaum Zweifel daran, wes Geistes Kind die „Künstler“ sind. An 18 weiteren Gebäuden im näheren Umkreis fanden sich ebenfalls „NPD“-Schriftzüge sowie Hakenkreuze und andere NS-Symboliken. Es war nicht der erste Anschlag auf das Büro von Kuschel.

### Ohrdruf: Rassistische Demonstrationen wegen Errichtung von Flüchtlingsunterkunft

NICHT NUR IN SUHL demonstrierten in den vergangenen Wochen Asylgegner. Auch auf der anderen Seite des Rennsteigs in Ohrdruf fanden am 5. und 21. März Kundgebungen und Demonstrationen gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in einem ehemaligen Lehnlingswohnheim am Stadtrand statt. Zwischen 50 und 100 Teilnehmer fanden sich jeweils ein, Tendenz fallend. Unter ihnen waren auch Faschisten aus der neugegründeten „Patriotischen Bürgerbewegung für Arnstadt“, die in diesem Heft noch Thema sein wird. Vertreter dieser Gruppierung hielten sowohl am 5. als auch am 21. März Redebeiträge, die man sich, was die Qualität anbelangt, wie die akustische Variante eines Kommentarspalten-Shitstorms auf Facebook vorstellen darf.

### Meiningen/Ilmenau: Farbanschläge auf Wohnhaus des Thüringer CDU-Fraktionsvize und auf CDU-Büro in Ilmenau

AUF DEM GRUNDSTÜCK von Michael Heym, Landtagsabgeordneter der CDU und wohnhaft in Rohr bei Meiningen, besprühten in der Nacht vom 27. auf den 28. März Unbekannte das Wohnhaus, zwei Autos und den Briefkasten mit Farbe. Die Polizei und Heym gehen von einer linksmotivierten Straftat aus, da das Wort „Faschist“, Hammer und Sichel sowie eine Faust gesprüht worden. Der CDU-Fraktionsvize fiel in letzter Zeit durch seine Äußerungen zur Thüringer Asylpolitik auf. So griff er im Rahmen eines CDU-Stammtisches in Meiningen die rot-rot-grüne Landesregierung aufgrund ihres Beschlusses eines Winterabschiebestopps scharf an. Auch an anderen Stellen seiner Agitation wird die geistige Nähe Heyms zu faschistischem Gedankengut sichtbar. Neben Heyms Büro war in den vergangenen Wochen auch das Ilmenauer Büro von Andreas Bühl (MdL) und Tankred Schipanski (MdB) Ziel von Farbattacken durch Unbekannte. Schipanski machte wie Heym ebenfalls durch rassistische Äußerungen auf sich aufmerksam. Bühl war sogar schon einen Schritt weiter. Vor seiner Parteikarriere war er Mitglied der gefährlichsten, weil best-alimentierten Thüringer Kameradschaft, dem Landesamt für Verfassungsschutz.

### Südthüringen: 70. Jährung der Niederlage Nazideutschlands

VOR ZIEMLICH GENAU 70 JAHREN, am 1. April 1945 überschritten Truppen der amerikanischen Streitkräfte die Werra im äußersten Westen Thüringens und stießen in zwei Offensiven parallel zum Rennsteig (einmal südlich und einmal

nördlich) ins Landesinnere vor. Am 4. April kam es vor den Toren Suhls kurzzeitig zu Kampfhandlungen mit Kampfverbänden der Wehrmacht und des Volkssturmes. Sie waren von kurzer Dauer. Einen Tag später fiel Zella-Mehlis. Auf der anderen Seite des Rennsteigs befreiten die Amerikaner am 4. April das KZ-Außenlager Ohrdruf. In den folgenden Tagen kam es während des Vorrückens der US-Armee zu Gefechten bei Gräfenroda, Ilmenau, Stadtilm, Arnstadt und Neuhaus am Rennweg. Bis zum 12. April waren die deutschen Truppen in Südthüringen geschlagen. Bereits am 11. April übernahmen die Amerikaner das kurz zuvor durch einen Häftlingsaufstand befreite KZ Buchenwald bei Weimar. Darin befanden sich noch 21.000 Überlebende des faschistischen Terrors, unter ihnen viele internierte Widerstandskämpfer aus unserer Region.



Karte zum Vorrücken der alliierten US-Streitkräfte im April 1945 in Südwestthüringen: Innerhalb von knapp zwei Wochen kämpften die Amerikaner die deutschen Vernichtungstruppen und den Volkssturm in unserer Region nieder und befreiten am 11. April 1945 die letzten Überlebenden des KZ Buchenwald

## ***KZ-Gedenkstätte im Jonastal nach Gedenken an 70. Jahrestag der Befreiung geschändet***

**D**IE GEDENKSTÄTTE für die Opfer des KZ-Außenlagers S3 im Jonastal bei Arnstadt ist wenige Stunden nach einer Gedenkfeier anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Außenlagers am 4. April geschändet worden. Dabei wurde die Gedenktafel beschädigt und Blumengebilde zerstört. Am selben Tag hatten noch ca. 300 Menschen nach einem Sternmarsch der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Einer der letzten heute noch lebenden Überlebenden des Speziallagers hatte dort an die Gräueltaten der nationalsozialistischen Barbarei erinnert. Noch kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges wollten die Nationalsozialisten Bunkeranlagen im Jonastal errichten, die Adolf Hitler als (letztes) Führerhauptquartier dienen sollten.

## ***Neuer Nazistützpunkt im Landkreis Hildburghausen***

**D**ER MITORGANISATOR von SÜGIDA und BZH-Kreistagsmitglied Tommy Frenck kaufte zu Beginn des Jahres die Gaststätte „Goldener Löwe“ in Kloster Veßra (Landkreis Hildburghausen). Neben seinen Aktivitäten im Kreistag betreibt Frenck einen Mailorder für Nazidevotionen, namens „Druck18“ (Werbetchnik Tommy Frenck). Nach Bekanntwerden des Immobilienerwerbs durch Frenck versucht die Gemeinde nun durch Geltendmachung ihres Vorkaufsrechts das Gebäude in ihren Besitz zu überführen. Die Reaktion Frencks ließ nicht lange auf sich warten. Er drohte der gesamten Gemeinde und kündigte an, rechtlich gegen den Bescheid vorzugehen.

Der ehemalige Eigentümer Norbert Kalensee stört sich herzlich wenig an dem Ärger mit der Gemeinde. Im Gegenteil: Er kündigte an, die Immobilie nicht der Gemeinde zu verkaufen, sollte diese das Vorkaufsrecht durchsetzen können, und sprach Frenck ein lebenslanges Nutzungsrecht aus. So etablierte sich die Gaststätte in den vergangenen Wochen zu einer beliebten Location für Nazis. Frenck richtet dort regelmäßig „Deutsche Stammtische“ aus und veranstaltete im Feb-

ruar eine Party mit dem Titel „Ballermann meats<sup>2</sup> RAC“ (RAC – Rock against Communism) sowie einen Liederabend mit Lunikoff, dem ehemaligen Sänger der verbotenen Rechtsrockband Landser.

Mit dem Erwerb der Gaststätte erhält die Infrastruktur und Vernetzung von (Süd-)Thüringer Neonazis einen neuen Stützpunkt. Im Sommer 2015 wird es eine erste größere und thüringenweite Veranstaltung im Hause Frenck geben. Der alljährlich stattfindende Thüringentag der nationalen Jugend soll, so Frenck, dieses Jahr auf dem Gelände der Gaststätte „Goldener Löwe“ stattfinden. Informationen zu antifaschistischen Gegenaktivitäten an diesem Tag gibt es online unter: [www.trockenlegen.tk](http://www.trockenlegen.tk)

## ***Arnstadt: Unbekannte verschönern Eingang von Jobcenter***

**U**NGEZÄHLTE „KUNDEN“ des Arnstädter Jobcenters im Bierweg werden in den wenigen Stunden vor der Entfernung des Graffitis das Gebäude zur Abwechslung mal mit einem Lächeln betreten haben. Unbekannte sprühten in der Nacht zum 5. April mit blauer Farbe einen Begriff an die Eingangstür, der eigentlich ganz oben aufs Behördenschild gehört: Scheißverein.



*Definitiv ein Scheißverein!*

<sup>2</sup> Der englischen Sprache kaum mächtig, wird aus meats (=trifft, begegnet) meats. „Meats“ lässt sich übersetzen mit: Fleischsorten. Der Zusammenhang zwischen Ballermann-Party, Fleischsorten und RAC erschließt sich uns nicht.

## **AUFMARSCH VON ABSTIEGSGEÄNGSTIGTEN DEUTSCHEN IN SUHL**

**S**EIT NUNMEHR ÜBER EINEM HALBEN JAHR macht eine neue rassistische Basisbewegung auf sich aufmerksam. Sie nennen sich selber „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, kurz: PEGIDA. Seit ihrer Gründung kamen zahlreiche lokale Ableger hinzu. In Thüringen war es von Anfang Januar bis Mitte März SÜGIDA („Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes“) in Suhl und danach ThüGIDA („Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes“) in abwechselnd verschiedenen Städten in Thüringen\*.

**D**AS ERSTE MAL sind die Patrioten von PEGIDA am 20. Oktober 2014 als Reaktion auf eine antifaschistische Demonstration, bei der Waffen für die, vom Islamischen Staat eingeschlossenen, Kurdinnen und Kurden in Kobanê gefordert wurden, in Dresden aufgetreten. Dieser Sachverhalt wurde auch in das später veröffentlichte erste Positionspapier aufgenommen, in dem man Waffenlieferungen an verbotene Organisationen wie die PKK untersagt wissen wollte.

Als die PEGIDA-Demonstrationen in Dresden ihren Anfang nahmen, beteiligten sich „nur“ ca. 350 Menschen. Allerdings stieg die Teilnehmerzahl sehr schnell sehr stark an. Ihren Höhepunkt erreichte sie Anfang Januar mit über 20.000 Teilnehmern.

Diese autoritäre Bewegung<sup>1</sup> ist vor allem in Ostdeutschland sehr stark vertreten. Als ihr Auslöser kann der Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland begriffen werden. Die PEGIDisten betonen zwar immer wieder, dass sie keine Rassisten seien, um dann allerdings gleich ein „aber“ hinterherzuschieben. Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten seien willkommen, „aber“ keine Armutsflüchtlinge. Dabei wird erstens nicht bemerkt, dass schon die Unterscheidung der Fluchtgründe strukturell rassistisch ist und zweitens will der Mob selber entscheiden, wer Kriegsflüchtling ist und wer nicht. Aus Sicht des Mobs ist das im Grunde niemand. Das bedeutet

<sup>1</sup> Im Folgenden wird von PEGIDA als allgemeine Bewegung gesprochen und schließt dabei SÜGIDA, ThüGIDA etc. mit ein, denn in ihrer Ideologie unterscheiden sie sich nicht. Der einzige Unterschied zwischen PEGIDA und SÜGIDA/ThüGIDA ist, dass bei letzteren von Anfang an organisierte Nazis dahinterstanden und auch solche zu ihrem Mobilisierungsvieh gehörten, wo bei PEGIDA noch „normale besorgte“ Bürger mitliefen und auch immer noch laufen.

\* Bis zum Redaktionsschluss am 6. April fanden die ThüGIDA-Aufmärsche zwei Mal in Erfurt statt. Ankündigt sind sie allerdings auch für andere Städte.

## **DIE ORGANISATOREN:**

### ***Tommy Frenck***



*Frenck am 10. November 2012 bei einer Nazidemo in Hildburghausen*

**D**ER 28-JÄHRIGE SCHLEUSINGER NEONAZI ist Mitbegründer der lokalen Naziwahlinitiative „Bündnis-Zukunft-Hildburghausen“ und sitzt für diese Splitterpartei im Kreistag in Hildburghausen. Neben seinen eher mageren kommunalpolitischen Aktivitäten, betreibt Frenck einen Internetversand für diverse Naziklamotten und Musik. Anfang 2015 kaufte er in Kloster Veßra eine Immobilie, um dort einen Raum für eine Kneipe und Veranstaltungen aus der Neonaziszene zu etablieren. In Südthüringen tritt Frenck immer wieder als treibender Akteur bei der Hetze gegen Flüchtlinge auf. Bereits 2014 organisierte Frenck mehrere eher erfolglose Aktionen gegen das Suhler Flüchtlingsheim auf dem Friedberg. Bei SÜGIDA trat er als Redner auf und ist ebenfalls tonangebend bei der Organisation und Durchführung des Aufmarsches beteiligt gewesen.

## David Köckert



Köckert (rechts) im Gespräch mit Thorsten Heise beim Wahlkampfauftritt der Thüringer NPD am 17. Juli 2014 in Erfurt

DER 1979 GEBORENE KÖCKERT aus Greiz ist seit mehreren Jahren in der Neonaziszene aktiv. Bereits seit dem Jahr 2000 wird er dem Neonazi-Musiknetzwerk „Blood & Honour“ zugerechnet und bewegte sich frühzeitig in der Kameradschaftsszene in Thüringen, bevor er Mitglied der AfD wurde. Aus dieser trat er aus Gründen der Handlungsunfähigkeit jedoch bald wieder aus, bevor er in die NPD eintrat und sich 2014 zum Stadtrat in Greiz wählen ließ. Köckert gilt als Initiator der rassistischen Demonstrationen in Greiz gegen eine Flüchtlingsunterkunft und ist einer der Hauptakteure der THÜGIDA-Demonstrationen. Schon bei SÜGIDA beteiligte er sich mehrfach als Redner.

für die PEGIDisten, dass ausländische Investoren und Bürgerkriegsflüchtlinge herzlich willkommen sind, aber Kriminelle, „Sozialschmarotzer“ oder Armutsflüchtlinge sollen weiterhin an den Grenzen Europas ersaufen oder verhungern. „Und wer will es den Ostdeutschen verübeln, denn mit dem Thema Flucht aus ökonomischer Not – ob nur gefühlt oder real –, die man als Freiheitskampf aus gibt, kennen sich die 16 Millionen Wirtschaftsflüchtlinge“ (Pohrt) aus der Ex-DDR ja bestens aus. Die eigene Verschlagenheit beim Übertritt in die BRD sucht man nun auch in den Flüchtenden aus anderen Weltregionen<sup>2</sup>, heißt es treffend im Redebeitrag der Antifa Suhl/Zella-

<sup>2</sup> Online nachzulesen unter: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=682#reidi>

Mehlis, gehalten auf der ersten Kundgebung gegen SÜGIDA am 12. Januar in Suhl.

## Abendland und Angst vor sexuellem Identitätsverlust

DAS ABENDLAND bekommt schon im Namen der Bewegung eine besondere Stellung. Dabei geht es aber nicht um die „Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur“, wie es im Positionspapier heißt, sondern um die Beschwörung eines positiven Gegenbildes zum Islam. Einerseits suggeriert man damit eine Kulturhierarchie, die vor Einwanderern geschützt werden soll und andererseits versuchen sie ihrem Ausländerhass höhere Weihen zu verleihen. Weiterhin stellt sich darin ihre Sehnsucht nach Einheit und Identität, nach Idylle und bürgerlicher Kleinfamilie in einem verklärenden Rückblick auf frühere Zeiten dar. Das wird auch deutlich, wenn sich die PEGIDisten gegen sogenanntes „Gender Mainstreaming“ aussprechen. Dabei positionieren sie sich vermeintlich für „sexuelle Selbstbestimmung“, verdeutlichen aber nur ihre Angst vor sexuellem Identitätsverlust: „Die einen sehen ihre Hegemonie auf dem Terrain der frauenverachtenden, trans\*- und homophoben Praxis durch die islamistische Konkurrenz bedroht, die anderen ihr borniertes heterosexuelles Kleinfamilienglück mit klassischer Rollenverteilung durch Genderstudies und Homosexuellenrechte.“<sup>3</sup>

## Islamisierung und Islam

WIE ES IM NAMEN schon anklingt, ist das Feindbild des rassistischen Mobs der Islam bzw. die Muslim\_innen. Allerdings geht es ihnen nicht um eine durchaus berechnete

<sup>3</sup> Die zitierte Passage stammt aus einem lesenswerten Flugblatt der „Brigade Rosa“, welches anlässlich der LEGIDA-Demonstrationen (PEGIDA-Ableger in Leipzig) unter dem Titel „Für eine kommunistische Zivilisierung von Abendland & Morgenland. Gegen das Hauen und Stechen um Brosamen des weltgesellschaftlichen Reichtums! Für eine rücksichtslose Kritik der Religion samt ihres nationalreligiösen Abkömmlings“ verteilt wurde. Online nachzulesen unter: <http://bit.ly/1FYXQpC>

Kritik am Islam. Islamisierung steht bei PEGIDA bloß als Chiffre für „Überfremdung“. Hier wird eine Fremdenfeindlichkeit deutlich, die in jedem Mensch eine potentielle Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und im Kampf um staatliche Fürsorge sieht. Das kapitalistische System produziert ständig und notwendig Krisen mit denen Arbeitslosigkeit und Deklassierung ganzer Bevölkerungsschichten einhergehen. Letzteres traf Teile der Arbeitsmigrant\_innen und muslimischen Gastarbeiter\_innen in den vergangenen Jahrzehnten am stärksten, was sie zwecks Kampf ums Auskommen sowie Identitätsstiftung unter anderem in religiöse Communities, migrantische Ökonomie oder organisierte Kriminalität trieb. Diese Deklassierungsangst hat sich mit Hartz IV verallgemeinert, deswegen sind PEGIDA und deren Ableger in den neuen Bundesländern besonders stark vertreten – nicht weil hier viele Muslime leben würden, sondern weil es hier viele Hartz IV Empfänger\_innen gibt, man hier also strukturell am stärksten vom Abstieg bedroht ist. Im bereits angesprochenen Redebeitrag der Antifa Suhl/Zella-Mehlis heißt es deshalb folgerichtig: „Die deutschen PEGIDisten hassen gerade nicht die integrierten Türken bei Siemens, Daimler, Bosch, Thyssen oder anderswo, sondern sie haben es auf die Gangster-Rapper, Drogendealer und religiösen Eiferer abgesehen, in denen sie die eigene Zukunft oder die ihrer Kinder vorwegahnen, weil der Kapitalismus, die, die nicht zur Produktion benötigt werden, als human waste behandeln muss.“<sup>3</sup> Die vermeintliche Angst vor dem Islam ist bloß die eigene Abstiegsangst, die auf eine gesellschaftliche Gruppe projiziert wird, die an den kapitalistischen Verhältnissen am meisten leidet. Das sind Flüchtlinge, welche die Armut, vor der man sich fürchtet, den Deutschen vor Augen hält und nicht zuletzt aus diesem Grund werden sie verfolgt.

Diese Projektionsleistung des Rassisten hat also weniger mit dem Islam oder einzelnen Muslim\_innen zu tun, sondern mit der oft prekären oder angstvollen Situation der Rassisten und dem falschen Reim, den sie sich auf die kapitalistischen Elendsverhältnisse machen. Wo es den Pegidisten dann aber doch um den politischen Islam geht, neigen sie dessen propagierte stabile Wertegemeinschaft. Denn der politische Islam

scheint zu verwirklichen, wozu man selber nicht in der Lage ist. Die Religion stiftet ihren Anhängern eine gemeinschaftsbildende Ideologie: Die islamistische politische Praxis ist im Stande eine repressive Gemeinschaft aufzubauen, in der die Menschen unterdrückt werden, so wie es sich der rassistische Mob wünscht. Allerdings werden diese Vorstellungen und Praxen allen Menschen, die als Muslim\_innen identifiziert werden, zugeschrieben. „Dass die medial bekannten Salafisten ihren Status als Überflüssige auf dem Arbeitsmarkt nicht nur so gut ertragen, sondern Stolz und Würde daraus ziehen, sich nicht diesen Verhältnissen unterzuordnen, da sie ja die Nestwärme der Umma [islamische Weltgemeinschaft]

## Axel Schlimper



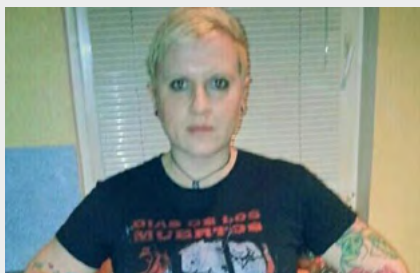
BEI SCHLIMPER HANDELT ES SICH um einen weiteren Vertreter der ‚Europäischen Aktion‘, welcher als ‚Gebietsleiter‘ für Thüringen gilt. Die ‚Europäische Aktion‘ ist ein europaweiter Zusammenschluss von Holocaust-Leugnern und Antisemiten, welcher in den letzten Jahren in Thüringen aktiver wurde. Schlimpers Vernetzung mit Südhöthüringer Nazis dauert schon mehrere Jahre an. Seinen ersten öffentlichen Auftritt hatte Schlimper 2013 bei einer Kundgebung vom BZH als Liedermacher. Auf weiteren Veranstaltungen des BZH trat er immer wieder als Redner und Moderator auf, wie zuletzt wiederholt bei den SÜGIDA-Demonstrationen in Suhl. Bei seinen Reden in Suhl schwadronierte Schlimper von Verschwörungen um den Staat Israel bis hin zur ‚eurasisch negroiden Mischrassse‘, wie kürzlich auch auf einer THÜGIDA-Demonstration.

hinter sich zu wissen glauben und im Koran ein enges Korsett an gemeinschaftsstiftenden Verhaltensregeln vorfinden – das ist es, was angesichts der eigenen objektiven Austauschbarkeit und Ohnmacht Neid erzeugt.<sup>44</sup>

## SÜGIDA

IN SUHL STARTETE AM 12. JANUAR 2015 der erste PEGIDA-Ableger in Thüringen mit ca. 600 Personen bei der ersten Demonstration. Die Teilnehmerzahl stieg beim zweiten Aufmarsch auf ca. 1000 an und sank danach kontinuierlich. In Suhl fand demnach der größte Nazi- und Rassistenaufmarsch in Thüringen seit vielen Jahren statt, denn schon von Anfang an waren über die Hälfte der Teilnehmer organisierte und militan-

### Yvonne Wieland



Yvonne Wieland beim Strammstehen (Bildquelle: facebook.com)

DIE IN SUHL-HIMMELREICH LEBENDE Yvonne Wieland war die Erstanmelderin der SÜGIDA-Demonstrationen in Suhl und zählte zum aktiven Kreis der Organisatoren. Neben der Anmeldung von SÜGIDA trat sie als Rednerin auf und übernahm Teile der Moderation der Veranstaltung. Im Zuge ihrer Hetze auf Facebook wurde ein Verfahren wegen Volksverhetzung gegen sie eingeleitet. Grund dafür waren von Wieland geäußerte Forderungen Menschen mit anderer Hautfarbe zu erschießen und der Wunsch politische Gegner zu verstümmeln. Wieland selbst trat vor SÜGIDA kaum in Erscheinung und wurde als „unbeschriebenes Blatt“ von Frenc und Co. vorgeschickt, um den deutlichen Bezug von SÜGIDA zur militanten Naziszene zu vertuschen.

te Nazis aus der ganzen Region Thüringen und Franken. Die Teilnehmerzahl sank zwar, der relative Nazianteil unter den Teilnehmern aber stieg.

Angemeldet wurde der Aufmarsch von der Suhlerin Yvonne Wieland, die schon im Vorfeld von einer Abgeordneten der Linkspartei wegen Volksverhetzung und Aufruf zu Massakern an Migrant\_innen und Antifaschist\_innen angezeigt wurde<sup>4</sup> und gegen die inzwischen die Staatsanwaltschaft Meiningen ermittelt. Zweitanmelderin war Beatrix Meißner. Diese ist die Mutter des Schleusinger Neonazis und Führers der Nazi-partei Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH) Tommy Frenc, welcher einer der eigentlichen Hauptorganisatoren der SÜGIDA-Aufmärsche war. Neben organisierten Kamradchaftsnazis und BZH beteiligte sich auch der damalige Vorsitzende der AfD-Südthüringen Heiko Bernardy, der in den folgenden Wochen immer mal wieder als Redner auftrat und daraufhin seinen Job bei der AfD-Landtagsabgeordneten Corinna Herold verlor.<sup>5</sup> Die Thüringer AfD distanzierte sich schon nach dem ersten Aufmarsch von SÜGIDA, aber weniger wegen den dort vertretenen Positionen, denn PEGIDA fanden sie unterstützenswert, sondern weil SÜGIDA hauptsächlich von Nazis organisiert wurde, statt von der eigenen Klientel. Allerdings vollzog sich nicht nur

<sup>4</sup> Online nachzulesen unter: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=680>

<sup>5</sup> Online nachzulesen unter: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=692>

mit Bernardy der Schulterchluss von Faschisten und Protofaschisten in Suhl, sondern auch mit dem mehrfach anwesenden ehemaligen Arnstädter Bürgermeister Hans-Christian Köllmer von Pro Arnstadt.

Die SÜGIDA-Demonstrationen liefen meist nach dem gleichen Schema ab: Als erstes gab es auf einer Auftaktkundgebung Reden von verschiedensten Rassisten. Nach dem Singen des Deutschlandliedes in allen drei Strophen liefen die Rassisten durch Suhl mit wechselnden Routen. Danach gab es ein offenes Mikrofon, an welchem jeder „besorgte Bürger“ seine Ressentiments loswerden konnte. Weitere Redner, neben Frenc und Bernardy, waren unter anderem das NPD-Landesvorstandsmitglied aus Greiz David Köckert, Ansgar Aryan Geschäftsführer Patrick Schröder, der ehemalige Vorsitzende des Thüringer Bundes der Vertriebenen (BdV) und Holocaust-Leugner Paul Latussek und Karl Richter, Mitglied der NPD und der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ sowie der Antisemit Axel Schlimper von der Naziorganisation „Europäische Aktion“.

### Gegenproteste und NoSügida

KURZ NACH DEM BEKANNTWERDEN der Aufmarschpläne von SÜGIDA gründete sich in Gegnerschaft ein Bündnis aus Parteien (einzig die CDU nahm nicht am Bündnis teil, weil hier angebliche Extremisten beteiligt wären), Bürgerbündnis gegen Rechts und Antifaschist\_innen

### Patrick Schröder



DER AUS DER OBERPFALZ in Bayern stammende Neonazi war bereits seit 2007 in der NPD aktiv und trat immer wieder als biederer Funktionär der Partei auf. Nach seinem munteren Plaudern beim Staatsschutz über seine Kameraden orientierte sich Schröder mehr nach Thüringen und übernahm den in Oberhof ansässigen Naziversand „Ansgar Aryan“. Seit 2013 erzählt Schröder einmal die Woche vor der Webcam, was ihn so umtreibt und stößt u.a. mit seinen öffentlichen Telefonaten mit Musikern von Nazibands auf große Resonanz in der Szene. Weiterhin ist Schröder in Südthüringen mit Frenc vernetzt und agierte bei SÜGIDA als Moderator, Redner und organisierte eine zeitlang die Technik der Veranstaltung.

mit dem Namen „NoSÜGIDA“ bzw. „Südthüringen bleibt bunt“. Dieses Bündnis organisierte jede Woche eine Kundgebung und später auch Demonstrationen, die mit einer Kundgebung in Hör- und Sichtweite zu den Nazis endete. Zum ersten Gegenprotest kamen noch ca. 750 Menschen, darunter viele Vertreter\_innen der Thüringer Zivilgesellschaft, Landes- und Regionalpolitik. Es war auch das einzige Mal, an dem die Nazigegner\_innen mehr Menschen als die Nazis mobilisierten. Die Teilnehmer\_innenzahl bei den Gegenprotesten nahm danach stark ab. Bei den von NoSÜGIDA veranstalteten Versammlungen ging es zumeist darum, Deutschland und Südthüringen als bunt und weltoffen darzustellen. Ziel war es also, die Gesellschaft zu beschönigen, die Rassismus und Nazis notwendiger Weise genauso produziert, wie Armut und



Antifaschistische Blockade gegen den letzten SÜGIDA-Aufmarsch in Suhl am 16. März 2015

**Beatrix Meißner**



**M**EISSNER IST DIE MUTTER von Tommy Frenck und auch sonst für andere Widerlichkeiten bekannt. So trat sie z.B. bei SÜGIDA als Zweitanmelderin auf und ist zumindest offiziell für die Website des BZH

verantwortlich. Sie selbst kandidierte bei den Kommunalwahlen 2014 für den Stadtrat in Schleusingen und den Hildburghäuser Kreistag, sowie bereits 2012 für den Posten des Landrates. Die Kandidaturen blieben erfolglos, wodurch ihr und Tommy das gemeinsame Mutter-Sohn-Erlebnis im Kreistag verwehrt blieb.

Elend. Eben jene Parteien verteidigen den deutschen Abschiebestaat als weltoffen und tolerant, beteiligen sich aber zumindest durch Verharmlosung, wo sie nicht aktiv in Regierungsverantwortung mitwirken, daran, dass sich Europa weiter abschottet gegen Flüchtlinge. In den letzten 20 Jahren ertranken mehr als 20.000 Menschen im Mittelmeer, weil das weltoffene und tolerante Europa die Grenzen für Hilfesuchende zusperrt, wo es geht.

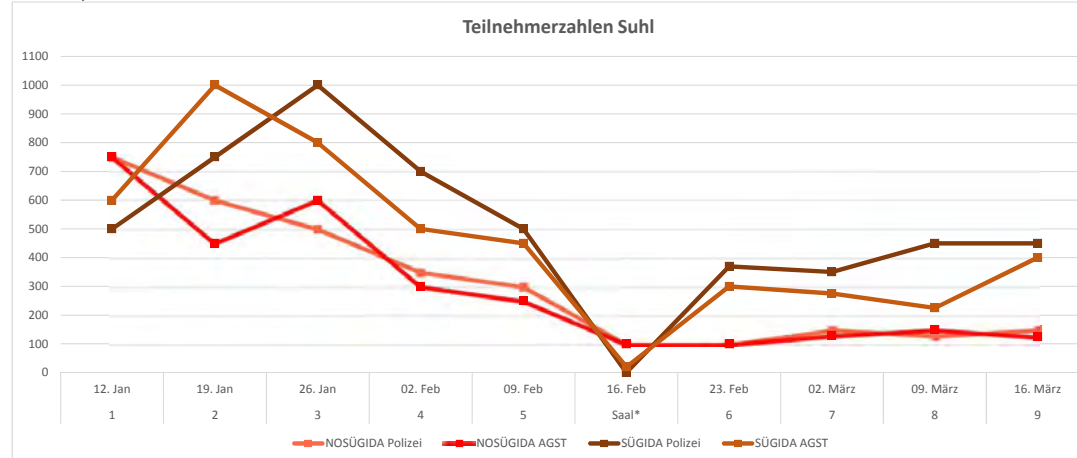
Aus der Einsicht in die Notwendigkeit des Protestes heraus und mit einer eigenen inhaltlichen Positionierung gründete sich das autonom-antifaschistische „Fuck SÜGIDA“-Bündnis. Dieses wirkte immer wieder kritisch in die Gegenproteste hinein, zum Beispiel mit der Veröffentlichung eines eigenen Positionspapiers<sup>6</sup> oder organisierte selber verschiedene Aktionen, wie das Aufhängen eines Transparentes an einer Eisenbahnbrücke am Suhler Viadukt oder eine Blockade beim letzten SÜGIDA-Aufmarsch. Die Antifaschist\_innen versuchten neben den Aktionen des bürgerlichen Bündnisses, welche paral-

<sup>6</sup> Nachzulesen in dieser Alerta-Ausgabe auf den Seiten 16f.

lel stattfanden auch immer wieder in Sicht- und Hörweite der Nazis zu kommen.<sup>7</sup> Weiterhin wurden verschiedene Flyer verteilt, unter anderem ein inhaltlicher Beitrag zur Auseinandersetzung und Begründung der „Nie wieder Deutschland“-Rufe bei den Protesten, welcher in dieser Ausgabe der Alerta auf den Seiten 34ff zu finden ist.

Parallel zu den Gegenprotesten zum vierten SÜGIDA-Aufmarsch am 2. Februar veranstaltete die Suhler CDU ein Bürgerforum unter dem Motto „Für Antworten und gegen jede Form des Extremismus“, bei dem ca. 100 „besorgte Bürger“ die Möglichkeit erhielten, ihre vermeintlichen Ängste kundzutun. Dabei kam ein Gemisch aus Rassismus, Antisemitismus und Homophobie zum Vorschein, dem die Volksvertreter schon deshalb nicht wirklich etwas entgegenzusetzen konnten, weil sie einerseits die Ressentiments etwa gegen Armutsflüchtlinge teilen und andererseits berechtigterweise einen großen Teil ihrer Wählerschaft bei den SÜGIDA-Sympathisanten vermuteten und nicht verschrecken wollten. Unter jenen, die eifrig das Wort ergriffen, waren Mitglieder der AfD und der Gründungsbeistehler und Berater der inzwischen aufgelösten militanten Kameradschaft Zella-Mehlis, Hans Peter Conrad. Die Woche darauf fand wieder ein solches Forum statt, dieses Mal nicht von der CDU

<sup>7</sup> Eine ausführliche Dokumentation der einzelnen Aufmärsche und Gegenproteste, mit verteilten Flyern und Bildern, findet sich auf der Seite des Bündnisses (<http://fucksuegida.blogspot.de>) und bei den Antifaschistischen Gruppen Südthüringen (<http://agst.afaction.info>).



organisiert, sondern von einer Initiative um den ehemaligen Zella-Mehliser Stadtrat Karl Nehring. Hier war unter anderem Bodo Ramelow vor Ort, um sich der rassistischen Ängste der „besorgten Bürger“ anzunehmen. Im Zentrum standen dabei Fragen um das Suhler Flüchtlingsheim.

Einen ähnlichen Dialog mit Rassisten gingen später der Superintendent Martin Herzfeld und der Linkspartei-Funktionär Johannes Häfke ein, indem sie beim achten SÜGIDA-Aufmarsch das offene Mikrofon nutzten, um mit den Nazis ins Gespräch zu kommen. Einerseits macht solch eine Dialogbereitschaft Rassismus diskutabel und andererseits liegt sie dem Irrtum auf, dass man Rassismus mit rationalen Argumenten beikommen könnte, da Rassismus nur im Mangel an Informationen über Flüchtlinge und ihre Fluchtgründe bestünde. Dass Rassismus ein notwendig gesellschaftliches Verhältnis ist, dem man nur ein Ende machen kann, indem man den Kapitalismus abschafft, bleibt unverstanden.<sup>8</sup>

**Fazit**

**A**UCH WENN ES SEIT dem 16. März erst einmal vorbei ist mit SÜGIDA und sich bei ThüGIDA in Erfurt weniger Menschen mobilisieren ließen als in Suhl, gibt es keinen Grund aufzuatmen. Diese Aufmärsche zeigen deutlich, was für eine rassistische Mobilmachung möglich

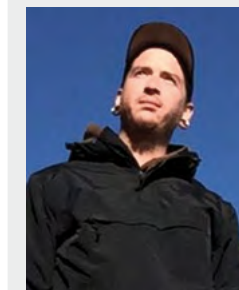
<sup>8</sup> Eine ausführliche Begründung, warum es unsinnig ist, mit Nazis zu reden, findet sich hier: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=717>

ist und potentiell wieder aktiviert werden kann, wenn die Umstände stimmen. Des Weiteren entsteht ein immer gefährlicheres soziales Klima für Menschen die nicht-deutsch aussehen und wo es schnell mal im Zuge solch einer Demonstration zu Selbstberauschung oder Übergriffen kommen kann. So geschehen einen Tag nach dem ersten Aufmarsch von SÜGIDA, als an einer Bushaltestelle in der Friedrich-König-Straße im Suhler Stadtzentrum ein syrischer Flüchtling tödlich angegriffen wurde.<sup>9</sup>

Es gilt sich immer wieder Rassisten in den Weg zu stellen, einerseits um zu verhindern, dass solche Demonstrationen ungestört verlaufen und wachsen können und andererseits, um zu zeigen, dass Flüchtlinge nicht alleine dem deutschen Mob gegenüberstehen.

<sup>9</sup> Online nachzulesen unter: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=683>

**Ringo Köhler**



**D**ER IN PIESAU WOHNHAFT NEONAZI agierte lange Zeit als Teil des „Freien Netz Saalfeld“, welches sich im Frühjahr 2015 nach eigenen Angaben aufgrund der Unfähigkeit der Kameraden und zu

vielen V-Leuten in der Szene auflöste. Mittlerweile ist Köhler aktiv an der Organisation der Nazidemstration zum 1. Mai in Saalfeld beteiligt und bewegt sich im Umfeld der Splitter-Partei „Dritter Weg“. Des Weiteren ist Köhler bei der Neonaziorganisation „Europäische Aktion“ beteiligt und stellte auch in diesem Rahmen gemeinsam mit anderen Akteuren der Gruppe die Technik für die SÜGIDA-Demonstrationen. Er selbst war zum Ende aktiver Teil der SÜGIDA-Organisation.



## DOKUMENTATION DES POSITIONSPAPIERS DES AUTONOM-ANTIFASCHISTISCHEN FUCK SÜGIDA-BÜNDNISSES

**G**EGEN DIE WÖCHENTLICHEN NAZIAUFMÄRSCH IN SUHL in den ersten Monaten des Jahres 2015 gründete sich ein autonomes Antifa-Bündnis, das Antifa-Gruppen aus Südhüringen und Gotha zusammenschloss und das gegenüber dem Bündnis „Südhüringen bleibt bunt“ bzw. „NoSÜGIDA“ eigenständige Positionen formulierte, die von den in der Zivilgesellschaft gängigen Bekenntnis zu Demokratie, Toleranz, Gewaltfreiheit, etc. stark abwichen. Wir dokumentieren hier das Positionspapier des „Fuck SÜGIDA“-Bündnisses.

**D**A AUFRUFE, wie man immer wieder bemerken muss, ohnehin keiner mehr liest und derzeit Positionspapiere hoch im Kurs stehen, versuchen wir das auch mal. Ist auch viel einfacher als durch Ideologiekritik eine falsche Erkenntnis an ihren inneren Widersprüchen zu überführen. In Zeiten von IS, PEGIDA, Montagsmahnwachen etc. wollen die Leute eh nur noch ihren halb geglaubten Glauben glauben, wo er nicht längst Wahn geworden ist, und nichts mehr wirklich begreifen. Also glaubt doch einfach hieran:

**1** WIR WOLLEN KEIN BUNTES DEUTSCHLAND, sondern gar keins. Wir wollen den Umsturz aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist. Das bedeutet nach Auschwitz und im Stände der Unfreiheit (ja Zonies, der Kapitalismus hat uns nicht frei gemacht, auch wenn ihr das glauben wollt), alles dafür zu tun, dass sich Auschwitz und auch nichts ähnliches je wiederhole. Und gerade weil die kapitalistischen Verhältnisse im Allgemeinen und die deutschen Zustände im Besonderen Bedingung der Möglichkeit von Faschismus, Vernichtung und Krieg sind, wollen wir weder das eine noch das andere.

**2** WIR SOLIDARISIEREN UNS mit den in Suhl und überall untergebrachten Flüchtlingen und warnen vor jenen Menschen und Gruppen/Parteien/etc., die die rassistischen Ängste der „besorgten Bürger“ in anderer Weise ernst nehmen wollen als wir, d.h. ihnen Legitimität zu verschaffen statt sie aufzuklären und zu bekämpfen. Ein Dialog mit SÜGIDA ist kein Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft, sondern dient im Gegenteil dem Entgegenkommen nazistischer

Ideologie. Wer Dialog will, sollte ihn mit den von SÜGIDA bedrohten Flüchtlingen und nicht mit ihren Verfolgern suchen, weil:

**3** RASSISTEN SIND IN ALLER REGEL aufklärungsresistent. Ihr Hass entspringt keinem Mangel an Information über die Fluchtsituationen oder fehlender Menschenrechtsbildung, sondern repräsentiert ein spezifisches und notwendiges gesellschaftliches Verhältnis; notwendig weil es aus der politökonomischen Konstitution bürgerlicher Subjektivität entspringt. Der Rassismus schützt das bürgerliche Subjekt vor der Einsicht in die eigene Überflüssigkeit in einer Gesellschaft, in der der Mensch sich nicht Zweck ist, sondern austauschbares Mittel einer Produktionsordnung, die ihren Zweck in der rastlosen Vermehrung von Tauschwerten hat. Durch die Abgrenzung vom Flüchtling oder schlicht vom Ausländer soll abgespalten werden, was man selber am meisten fürchtet, die Niederlage in der allgemeinen kapitalistischen Konkurrenz. Wer Rassismus nachhaltig ein Ende machen will, muss den Kapitalismus abschaffen.

**4** DIE GEWALTFRAGE IST bei Anti-Nazi-Protesten immer wieder Anlass für bürgerliche Nazigeegner, um sich von Menschen zu entsolidarisieren, die mit Barrikaden und Flaschen gegen Naziaufmärsche vorgehen. Wir stellen klar, dass die schlimmste Gewalt in dieser Gesellschaft von der Ordnung ausgeht, die Menschen zurichtet, ausbeutet, ausgrenzt, erniedrigt, ersaufen lässt, an islamistische Mörderbanden preisgibt, verhungern lässt und dumm macht. Wer von dieser Gewalt nicht redet, weil sie eben Teil seiner bunten und toleranten Welt ist, der soll zu brennenden Barrikaden, angesteckten Naziautos und fliegenden Flaschen gefälligst schweigen!

**5** DER SUHLER STADTRAT, samt aller Fraktionen, stellt sich gegen die Aufklärung und verbreitet die vom Verfassungsschutz lancierte Extremismuskonzeption, wonach es böse politische Ränder und eine von allen moralischen Verfehlungen freizusprechende Mitte gibt. Wir kämpfen für eine aufgeklärte Gesellschaft. Dazu gehört es, sich den bornierten Anforderungen der bürgerlichen Öffentlichkeit entgegenzustellen. Die Extremismuskonzeption taugt vielleicht als Kampfideologie der bürgerlichen Rechten gegen Verfechter einer solidarischen und freien Gesellschaft. Sie hält aber keiner kritischen Auseinandersetzung stand und dient der Relativierung faschistischer Gewalt, die mit linker Praxis gleichgestellt wird, sowie der Dämonisierung kommunistischer Bestrebungen, also Gruppen und Personen, die diese Welt grundlegend verändern wollen.

**6** WIR STELLEN UNS GEGEN die Rehabilitierung des Volksbegriffes, die Teile der Anti-SÜGIDA-Demonstranten betreiben. Wir stellen klar, dass die Nazis völlig zu recht beanspruchen, das Volk zu repräsentieren und dass dieser Begriff schon immer dazu diente, Menschen aus einem fest geschlossenen Zwangskollektiv auszuschließen. Der Volksbegriff und das dahinter liegende Verständnis der Zugehörigkeit zu Leuten, von denen wir die meisten nicht mögen, steht der kommunistischen Idee einer freien klassen- und staatenlosen Weltgesellschaft entgegen. Wer meint das Volk sein zu müssen, und zumal das deutsche, der steht bei SÜGIDA ganz richtig.

**7** DIE, DIE DAS VOLK und die Parole „Wir sind das Volk“ gegen Nazis verteidigen wollen, machen damit einen Knicks vor der Lobby der DDR-Regimegegner, die auch immer gerne das Volk waren, und ihrer falschen Auffassung, eine Freiheitsbewegung habe die DDR gestürzt. In Wahrheit, und das weiß selbst der Kohlkopf, der alles verantwortlich eingerührt hat, ist die DDR an Misswirtschaft und der Niederlage im kapitalistischen Wettbewerb gescheitert. Wir rechtfertigen keinesfalls die Politik des DDR-Regimes, weisen aber die gewollte Dummheit zurück, mit der sich Deutschland eine Revolution einredet,

die um der Freiheit willen geschah. Die Ostdeutschen wollten Bananen, Westgeld und nach Mallorca. Mit dem Unrecht kamen sie klar. Sie bekamen, was sie verdienten: Hartz IV, Günther Jauch und die kapitalistische Marktwirtschaft. Wir fordern daher: Nie wieder Revolution für Deutschland!

**8** IM AUFRUF DES ANTI-NAZI-BÜNDNISSES gegen SÜGIDA wird Religionsfreiheit gefordert. Wir fordern die Menschenpflicht zur Blasphemie, denn die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik!

**9** IM AUFRUF DES ANTI-NAZI-BÜNDNISSES gegen SÜGIDA heißt es, man wolle die Aufnahme von Flüchtlingen aus Mitmenschlichkeit und weil man davon überzeugt sei, dass dabei „unser Land gewinnt“. Uns sind die Fluchtgründe von Menschen, die nach Deutschland fliehen, egal, weil die kapitalistische Totalität und das aus ihrer Brüchigkeit resultierende Bandenwesen eben Flüchtlinge produziert. Wer das eine (flüchtende Menschen) nicht will, muss das andere (den Kapitalismus und seine Verfallsformen) abschaffen. Auf der halben Welt wandern und fliehen die Menschen, weil sich weltweit eine Ordnung etabliert hat, in der Hunger kein Grund zur Produktion und Krieg kein Grund zu vernünftiger Einsicht ist. Wir fordern: Grenzen auf! Ob Deutschland dabei gewinnt? Wir wollen es nicht hoffen!

**10** NOSÜGIDA APPELLIERT beim Protest gegen den Naziaufmarsch an die Anständigen. Wir rufen zur Unanständigkeit auf! Stören, sabotieren, blockieren wir die Nazis mit allen Mitteln!

Wer an einigen Stellen Ironie oder Polemik erkennt, liegt nicht ganz falsch. Aber lasst euch nicht täuschen. Wir meinen es ernst! Bis die Scheiße aufhört: Jeden Montag auf die Straße gegen Deutschland und seine Brut!

Februar 2015,  
Fuck SÜGIDA-Bündnis

## ARNSTADT: ANWOHNER MACHEN STIMMUNG GEGEN GEFLÜCHTETE

ALS AM 24. MÄRZ DIESES JAHRES ein Passagierflugzeug in den französischen Alpen zerschellte, weil ein Pilot nicht mehr leben wollte und 149 weitere Menschen mit in den Tod nahm, war die Bestürzung auch unter deutschen Neonazis, die vergeblich nach einem islamistischen Hintergrund suchten, groß. Eine Sondersendung jagte die nächste, Deutschlands erster Kommunistenjäger Gauck brach seinen Urlaub ab, die Kanzlerin und ihr halbes Kabinett besichtigte die Unfallstelle per Helikopter, Flaggen an deutschen Behörden hingen tagelang auf Halbmast. Der deutsche Betroffenheitsschwindel wurde nur noch von der Geiferei nach neuen abgründigen Details des Katastrophenherganges übertroffen.

Wenn im Massengrab Mittelmeer Flüchtlingsboote kentern und Menschen, die aus Krieg, Hunger und Not fliehen, ertrinken, gibt es keine Sondersendungen, Politiker ziehen keine verkniffenen Gesichter, mit denen sie Bestürzung signalisieren wollen, keine Fahne hängt auf Halbmast und in sozialen Netzwerken reichen nur die üblich-verdächtigen Flüchtlingsorganisationen die Randmeldungen der Tageszeitungen über das Unglück herum.

Die Katastrophen, die sich alltäglich im Mittelmeer abspielen sind – auch auf kurze Sicht – vermeidbar, das Unglück in den französischen Alpen war es nicht. Wenn ein Mensch dutzende andere mit sich in den Tod reißen will, dann findet er Mittel und Wege. Wer wüsste das besser als die Deutschen? Die, die es über das Mittelmeer oder auf anderen Wegen nach Europa schaffen, erfahren hier häufig keine Solidarität, keinen Schutz, nicht mal menschliches Verständnis, sondern den durch Neid und Konkurrenzangst getriebenen Hass der Eingeborenen, die um ihre Privilegien und den Anschluss an die bessere Gesellschaft fürchten.

In Arnstadt – Thüringens Hochburg des Protofaschismus von AfD, Pro Arnstadt und Stadtecho – ist das nicht anders. Das zeigt die angekündigte Unterbringung von einigen Flüchtlingsfamilien in Abrissblöcken des Wohngebietes Rabenhold.

### „Wir wollen die hier nicht haben“

ES WAR EIN DENKWÜRDIGER ABEND, jener 12. Februar in der Aula des ehemaligen Neideck-Gymnasiums. Die von Landrätin Petra Enders (Die Linke) und Arnstadts Bürgermeister Alexander Dill (parteilos) anberaumte Informationsveranstaltung anlässlich der Unterbringung von 142 geflüchteten Menschen in für den Abriss vorgesehenen Plattenbauten im Stadtteil Rabenhold wurde zum Schauplatz eines verbalen rassistischen Fanals. Nazis und „besorgte Bürger“ aus Arnstadt und Umland (wenn man Erfurt dazu zählen möchte) störten und unterbrachen die Veranstaltung immer wieder mit Gegröle, Gejohle, Spott und durch von rassistischem Hass getriebene Zwischenrufe. All die geleistete Aufklärung und das Werben um Empathie durch die Verwaltung des Ilm-Kreises und zivilgesellschaftliche Akteure waren vergebens. Die Rassisten kamen nicht, um zu begreifen. Sie wollten Dampf

ablassen. In einem Bericht der Antifa Arnstadt-Ilmenau zu besagtem Abend heißt es folgerichtig:

*„Der ganze Abend beruhte auf einem Irrtum. Landrätin Petra Enders dachte, wenn sie die Leute nur gut genug informiert, würden sich deren Ängste schon auflösen. Das Problem des Rassismus besteht aber nicht in einem Mangel an Information, deswegen war all das gute Zureden, der Versuch des Widerlegens der „Ängste“ vom Verlust des Kindergartenplatzes bis zur steigenden Kriminalitätsrate verlorene Liebesmühe. Die Rassisten wollten keine Informationen oder diverse Wissenslücken schließen, sondern empathielos und aufklärungsresistent bis ins Mark zum Ausdruck bringen, dass man Flüchtlinge hier nicht haben will, dass einem die Fluchtgründe scheißegal sind und dass Menschen überall krepieren können, bloß nicht zu nah am eigenen Gartenzaun.“*

*Rassismus ist ein gesellschaftliches Verhältnis, eine Strategie, mit der die bürgerlichen Subjekte sich die bestehenden Verhältnisse rechtfertigen, ohne*

*sich ihre eigene Überflüssigkeit in diesen Verhältnissen eingestehen zu müssen. Mit Angst vor der ausländischen Konkurrenz klammern diese Leute sich an die Versprechungen des nationalen Kollektivs, das Fremde von der Fürsorge der Gemeinschaft ausschließen soll und ihnen Identität und Halt verschafft. Sie wollen das Elend und die Armut nicht in der eigenen Nachbarschaft sehen, weil sie insgeheim wissen, dass nur die Gnade der deutschen Herkunft sie derzeit noch vor dem Schicksal bewahrt, das andere längst getroffen hat. Und anstatt sich mit den hier gestrandeten Verdamnten dieser Erde zusammenzuschließen und gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft zu streiten, in der keiner mehr ein entrechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist, rechtfertigen sie diese Ordnung und pochen auf ihr qua Geburt vermachtes Privileg. Mit solchen Leuten ist keine andere Gesellschaft möglich, sondern nur gegen sie.“<sup>1</sup>*

Die Arnstädter Neonazis um Nicole und Sven Krämer hatten ihre Kameraden fleißig zur Informationsveranstaltung eingeladen. Selbst NPD-Stadtrat Enrico Biczysko aus Erfurt war angereist und filmte Teile der Veranstaltung ab. Jene Krämers, selber Bewohner des Wohngebietes Rabenhold, bilden zusammen mit Michaela Sidon und weiteren Faschisten den Kern einer neu ins Leben gerufenen „Patriotischen Bürgerbewegung für Arnstadt“ (PBFA). Als solche traten die Arnstädter Faschisten bereits in Suhl, Ohrdruf

<sup>1</sup> Den kompletten Bericht gibt es online: <http://goo.gl/F8f6E1>



Der Erfurter NPD-Stadtrat Enrico Biczysko filmte Teile der Bürgerversammlung am 12. Februar 2015 in Arnstadt ab

und Erfurt bei den dortigen PEGIDA-Ablegern in Erscheinung. Sidon hielt auf einer Nazidemo in Ohrdruf am 21. März sogar einen Redebeitrag.

Im Wohngebiet selber begannen die Krämers bereits mit einer Unterschriftensammlung gegen die Unterbringung der Geflüchteten. Ende Februar hingen das Ehepaar und Michaela Sidon beschmierte Bettlaken mit rassistischen Parolen aus ihren Fenstern am Rabenhold. Zu einer Massenbewegung ist die Gruppe allerdings noch nicht gewachsen. Auf sozialen Netzwerken klagt Sven Krämer über mangelnden Rückhalt. Erlösung soll der Zusammenschluss mit rassistischen Basisinitiativen aus anderen Städten bringen. Dass die PBFA in den kommenden Wochen im Rahmen von THÜGIDA Arnstadt zum Aufmarschziel erklärt, ist jedenfalls wahrscheinlich. Bis Redaktionsschluss (6. April) lagen uns hierzu allerdings keine Informationen vor.

### Kultivierter Hass statt beschmierter Lumpen

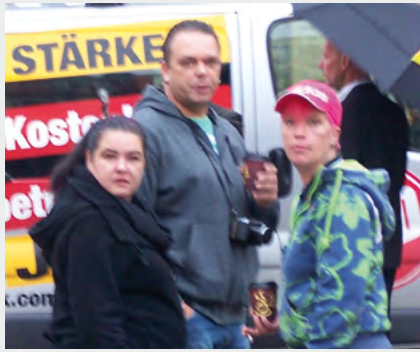
NUN SIND BESCHMIERTE BETTLAKEN über dem eigenen Balkon und sittenloses Gegröle bei Informationsveranstaltungen nicht jedes Rassistensache. Gerade in Arnstadt gibt eine traditionsreiche protofaschistische Clique, die längst im Establishment angekommen ist. Wer beinahe zwei Jahrzehnte (1994–2012) den Bürgermeister und bis dato die größte Fraktion im Arnstädter Stadtrat stellt, der weiß andere Möglichkeiten und Umgangsformen, um gegen Geflüchtete



Bettlaken-Aktion Ende Februar im Wohngebiet Rabenhold: „Besorgte Bürger“ hängen beschmierte Fetzen an ihre Balkone und Fenster

## DIE ORGANISATOREN:

### Sven & Nicole Krämer



V.l.n.r.: Nicole Krämer, Sven Krämer & Jana Geysersbach bei einer NPD-Kundgebung am 12. September 2014 in Arnstadt

Das Ehepaar Nicole und Sven Krämer wohnt im Wohngebiet Rabenhold in der Prof.-Frosch-Straße 11. Beide pflegten spätestens seit der NPD-Wahlkampftour 2014, die am 22. August und am 14. September in Arnstadt Station machte, enge Kontakte zur NPD, genauer: zum Ex-Landeschef Patrick Wieschke aus Eisenach und dem Leiter des NPD-Landesorganisationsdienstes Hannjo Wegmann aus Erfurt.

Beide nehmen regelmäßig an Veranstaltung von NPD und anderen faschistischen Organisationen und Gruppen teil. Anlässlich der Ankündigung der Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft auf dem Rabenhold gründeten sie die „Patriotische Bürgerbewegung für Arnstadt“ und schlossen sich dem Netzwerk „Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (THÜGIDA), das sich aus dem ersten Thüringer PEGIDA-Ableger SÜGIDA entwickelte, an.

zu hetzen. Der Filz um die Ilm-Kreis-AfD, Pro Arnstadt und das Arnstädter Stadtecho ist sich mit den Faschisten aus der sozialen Unterschicht am Rabenhold zwar einig was die Zielsetzung angeht, über das Vorgehen von Krämer, Krämer und Sidon rümpft man aber im Lager der Bessergestellten die Nase. Eine Resolution des

Stadtrates nach den Ereignissen des 12. Februar für „Anstand“, eine „humane und christliche Lebenshaltung“, „menschliche Solidarität sowie kulturelle Offenheit“ lehnte „Pro Arnstadt“ als einzige Fraktion im Arnstädter Stadtrat ab. Die „Sorgen der Bevölkerung“ seien zu wenig berücksichtigt worden.

Im Zentralorgan des Arnstädter Protofaschismus, dem monatlich erscheinenden Anzeigenblatt Arnstädter Stadtecho, echauffieren sich kultivierte Rassisten wie Joachim Kreckow über die Umgangsformen des Pöbels, an deren Geschrei er deren Bildungsstand abliest. Sein Blattchef Stefan Buchtzik, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Pro Arnstadt, empört sich derweil wortreich und sittenkonform über den Vorschlag des Linke-Stadtrates Frank Kuschel, der anregte die leerstehenden Gebäude An der Weiße zu Quartieren für Flüchtlinge umzurüsten. Mit Flüchtlingen in den Randbezirken könnte sich Buchtzik ja noch zähneknirschend arrangieren, aber Notleidende in der Innenstadt unterzubringen, geht ihm eindeutig zu weit. Überhaupt fragt Buchtzik sich und seine Leserschaft, wer das alles bezahlen soll. Freilich weiß er die Antwort schon und eigentlich lautet die Frage ohnehin: Muss dieser ganze Aufwand der Menschenrechte wegen wirklich sein? Auch dieses Mal weiß die lokale Antifa Licht ins Dunkel von Buchtziks Suggestivfragestunde zu bringen:

*„Egal ob Unterschichten-Nicole oder Mittelschichten-Stefan – an Mitleid mangelt es Abstiegsgängstigen und Wohlstandschauvinisten gleichermaßen. Dass die BRD so einen Firlefanz wegen der Menschenrechte veranstaltet, können beide nicht verstehen. Der Sache nach ist das bloß konsequent. Nur idealistische Sozen glauben noch daran, dass die Menschenrechte wie etwa das Prinzip der Gleichheit zum Wohle der Schwachen erfunden wurde und universal zu gelten hätte. Gleich ist in dieser Gesellschaft, das wissen die Protofaschisten instinktiv, nicht der Schutz suchende Mensch, sondern die austauschbare Ware und weil die Flüchtlinge nichts dabei haben als ihre Arbeitskraft und diese sich hier nicht so leicht verkaufen lässt, sind sie Überflüssige, die zur Verwertung nicht taugen und die man durchfüttern muss. Das lässt sich der Mittelständler bei den volksdeutschen Hartzzis vielleicht noch gefallen,*

*aber hinter der Oder-Neiße-Linie hört die Freundschaft auf. Die Menschenrechte sind das ideologische Blendwerk einer menschenfeindlichen Gesellschaft und Buchtzik und Kreckow wissen das, deswegen halten sie sich gar nicht lange mit ihnen auf.“<sup>2</sup>*

Den „kritisch“ fragenden Protofaschisten aus Arnstadts Mittelschicht geht es, wie dem faschistischen Pöbel aus der Unterschicht, nicht um Aufklärung. Sie bringen nicht die wirklichen Ursachen von Flucht, Krieg, Hunger und Not auf die Tagesordnung. Die herrschende Produktionsordnung verwechseln sie mit einer menschlichen Natur. Fressneid und Existenzkampf sollen zum Leben gehören. Dass sie der Zufall der Geburt auf die Sonnenseite der Welt verschlug, ist ihnen kein Grund statt der Armen einfach die Armut zu bekämpfen. Ihr Rassismus gilt nicht der Rettung irgendeiner abendländischen Kultur, sondern der Sicherung der Privilegien von Bessergestellten, die den human waste, als den der Kapitalismus das Heer der Überflüssigen behandelt, von sich fern halten wollen, so lange es geht.

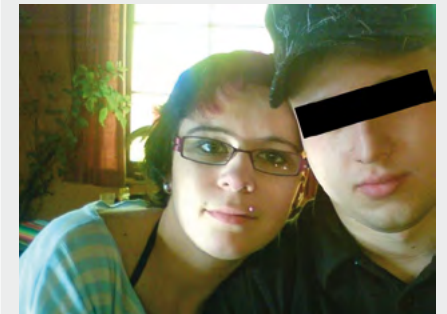
### Kampf gegen Windmühlen

Aber auch in Arnstadt kämpfen Antirassisten gegen die Windmühlen des Hasses, gegen die Ressentiments von Menschen, die Fremde als Bedrohung der eigenen Existenz begreifen müssen, weil sie nicht verstehen wollen, dass die Flüchtlinge unter derselben Verwertungslogik viel schlimmer zu leiden haben. Diese Antirassisten kämpfen für die Rechte von quasi Rechtlosen, die sich in Deutschland durch den Behördenschwengel wühlen müssen, um nach Rudimenten von dem zu fischen, was ihnen das Postulat der Menschenrechte in der ersten Welt in Aussicht stellte: ein Leben in Würde und Unversehrtheit. Das Willkommen-Büro in der Bahnhofstraße 22 bietet zweimal die Woche kostenfreie Beratungen für Geflüchtete an und auch das Jugend- und Kultur Kollektiv aus Arnstadt beteiligt sich beispielsweise an Spendensammlungen.

<sup>2</sup> Den kompletten Bericht zur Kritik zweier Spielweisen des Rassismus in Arnstadt gibt es online: <http://goo.gl/yylyxG>

Es gibt also auch in Arnstadt Menschen, für die sind Anstand und Empathie nicht bloß leere Wörter, die trotz der menschenfeindlichen kapitalistischen Verwertungslogik noch Menschlichkeit ab. Und es gibt deutsche Neonazis und Protofaschisten. Dieses Pack werden wir nicht los, solange die Produktionsordnung und die deutsche Weise ihrer Bewältigung das bleiben was sie sind. Das ist nicht schön, aber Deutschland.

### Michaela Sidon



Michaela Sidon (Bildquelle: facebook.com)

Michaela Sidon wohnt wie die Krämers im Wohngebiet Rabenhold in einem Plattenbau Am Fürstenberg. Sie gehört zum engeren Kreis der „Patriotischen Bürgerbewegung für Arnstadt“ und trat am 21. März auf einer Nazidemo in Ohrdruf als Rednerin auf. Sidon ist jene Frau, die während der Bürgerversammlung am 12. Februar behauptete, Migrantenkinder würden ihr eigenes Kind mobben und verprügeln. Im Wohngebiet ist sie nicht gerade wohlgekommen. Als die passionierte Mutter am Abend des 25. Februar den Rechtsrock mal wieder zu laut aufdrehte, bewarf ein 14-jähriges Mädchen den Balkon von Sidon mit einer Gipskugel, weil sie sich vom Lärm belästigt fühlte. Man sollte Sidon daran erinnern, wenn sie in die Jammergeänge einstimmt, falls sich demnächst mal die Flüchtlinge auf dem Rabenhold nicht an deutsche Abendruheregelungen halten sollten.

## EINWOHNERVERSAMMLUNG WEGEN ERSTAUFNAHMESTELLE FÜR FLÜCHTLINGE IN SUHL

SEIT ANFANG JULI 2014 befindet sich in den Gebäuden der ehemaligen Offiziershochschule der Grenztruppen der DDR „Rosa Luxemburg“ eine Flüchtlingsunterkunft auf dem Suhler Friedberg am Rande der Stadt. Anfangs als Übergangslösung und Außenstelle für die Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenberg (Saale-Holzland-Kreis) geplant und für 100 eritreische Flüchtlinge errichtet, wird das Flüchtlingsheim nun selbst Erstaufnahmestelle mit einer zusätzlich geplanten Zweigstelle für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

### Zahlen und Fakten

DIE FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT besteht derzeit aus zwei sechsstöckigen Gebäuden, einem Block für alleinlebende Flüchtlinge und einem weiteren für Familien und Flüchtlinge mit Kindern. Derzeit wird noch ein weiterer Block saniert und hergerichtet. Eine neue Großküche wurde nach mehrwöchigen Bauarbeiten fertiggestellt. Derzeit leben rund 1000 Menschen in der Unterkunft. Es befinden sich dort Flüchtlinge aus elf Nationen, darunter Menschen aus Serbien, Eritrea, Albanien, Syrien, Somalia und dem Kosovo. Die Zahl der Bewohner\_innen schwankt von 900 bis derzeit maximal 1200. Grund für die schwankenden Zahlen sind die sogenannten „Transfers“, die Erstverteilung innerhalb des Landes auf die Kommunen, geregelt im Asylverfahrensgesetz (AsylVfG § 50 IV), und die wöchentlichen Neuankünfte.

### Rückblick der rassistischen Stimmungsmache

GEGEN DIE NEUE FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT machten lokale Neonazis von Anfang an mobil. Tommy Frenck aus Schleusingen machte mit seiner Partei „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) gleich zu Beginn Stimmung gegen die Unterkunft der Flüchtlinge. Begonnen hatte es mit einer angemeldeten Mahnwache am 16. Juli 2014 mit dem Slogan „Asylflut stoppen“ und weiteren Flyeraktionen in der Suhler Innenstadt sowie später mit den SÜGIDA-Aufmärschen, auf denen die rassistische Hetze ihren Höhepunkt fand. Auf Demonstrationen von SÜGIDA wurden Parolen, wie „Wir wollen keine Asylantenheime“ skandiert und in Reden „Ängste“ vor Überfremdung geschürt. Neben solchen Ver-

staltungen gab es in der Nacht zum Sonntag, dem 10. August 2014, einen Anschlag auf das Heim. Unbekannte hatten eine Fensterscheibe einer Gemeinschaftsküche eingeschlagen und die Verkabelung eines Lichtmasts in Brand gesetzt. Die Täter wurden bis heute nicht ermittelt.<sup>1</sup>

Auch bei den Landtagswahlen in Thüringen am 14. September 2014 zeigten die Aktionen im Wohngebiet „Neuer Friedberg“ Wirkung. Bei den Wahlen gingen 19,9 % der Wahlkreisstimmen an die NPD, bei den Landesstimmen verzeichnete die NPD 16,3 % und die AfD 14,2 %, und das in einem Wahlkreis, der traditionell geprägt ist durch einen hohen Anteil an Die Linke-Wählern. Allerdings lag die Wahlbeteiligung im Wohngebiet nur bei 37,7 % und die Partei Die Linke holte trotzdem auch hier die Mehrheit. Am 24. Januar 2015 fand ein von Neonazis organisiertes Konzert unter dem Motto „say it loud, say it clear – refugees not welcome here“ in einer Lagerhalle in Suhl statt. Laut Polizei nahmen an dieser Veranstaltung 142 Personen teil.

Geschäftsmann Frenck nutzte die Gunst der Stunde. In seinem Onlineshop mit dem Namen „Druck18“ – wofür die Zahl 18 steht kann sich jeder denken – wird rassistischer Merchandise in Form von Aufklebern und T-Shirts mit den Aufschriften „Bitte flüchten Sie weiter! Es gibt hier nichts zu wohnen! Refugees not welcome!“ vertrieben.

Sei es über angebliche hochansteckende Erkrankungen, Rangeleien unter Flüchtlingen, bei einem Polizeieinsatz ausgelöst durch einen Streit zwischen einem Flüchtling und dem Wachschutz-

<sup>1</sup> Online nachzulesen unter: <http://www.agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=653>

personal<sup>2</sup> oder einem Überfall auf eine Mutter – immer wieder wird auf der Facebookseite des BZH mit dramatischen Bildern und reißerischen Schlagzeilen gegen das Heim und seine Bewohner\_innen gehetzt.

### Einwohnerversammlung in Suhl

AM 17. FEBRUAR 2015 fand eine Bürgerversammlung zum Flüchtlingsheim in den Suhler Werkstätten auf dem Friedberg mit ca. 120 Menschen statt. Auch hier hatte das BZH im Vorfeld seine Anhänger auf Facebook aufgerufen, doch bitte zahlreich an der Versammlung teilzunehmen. Erschienen ist allerdings niemand. Die Einwohnerversammlung in Suhl ist, verglichen mit einer Informationsveranstaltung am 12. Februar 2015 in Arnstadt zu einer Flüchtlingsunterkunft im Wohngebiet Rabenhold, ziemlich entspannt und ruhig verlaufen.<sup>3</sup> Bei der Veranstaltung in Arnstadt waren offenkundige Rassisten und Neonazis vor Ort, die durch rassistische Zwischenrufe und Verhöhnung von Flüchtlingen auffielen<sup>4</sup>. Zu Beginn der Veranstaltung in Suhl stellte Thüringens Migrationsminister Dieter Lauinger klar, dass das Suhler Flüchtlingsheim keine Übergangslösung ist, sondern auf längere Zeit Erstaufnahmeeinrichtung bleiben wird und somit für mindestens fünf Jahre erhalten bleibt. In Suhl waren die geäußerten rassistischen Ressentiments der Bürger\_innen gegenüber den Flüchtlingen auf den anfallenden Müll, die Lautstärke in der Nacht und die vollen Busse beschränkt und fielen somit eher verhalten aus. Die Städtische Nahverkehrsgesellschaft mbH Suhl/Zella-Mehlis (SNG) hatte sich dem Problem mit den vollen Bussen bereits gestellt und zusätzliche Fahrten eingerichtet, zudem werde ein Fahrkartenauto-

<sup>2</sup> Online nachzulesen unter: <http://www.agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=696>

<sup>3</sup> Online nachzulesen unter: <http://www.agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=700>

<sup>4</sup> Siehe hierzu den Artikel „Arnstadt: Anwohner machen Stimmung gegen Geflüchtete“ in dieser Ausgabe der Alerta auf den Seiten 18ff.

mat mit Piktogrammen aufgestellt, damit es zu keinen Verzögerungen mehr kommt.<sup>5</sup>

### Ausblick und Solidarität

WIE BEREITS ERWÄHNT, wird die Einrichtung in Suhl für mindestens fünf Jahre bestehen. Die Solidarität ist in Form von Kleider-, Spielzeug- und Sachspenden weiterhin ungebrochen. Die Lager platzten aus allen Nähten. Organisiert werden die Spenden u.a. durch die auf Facebook aktive Gruppe „Solidarität mit den Flüchtlingen in Suhl“.<sup>6</sup> In Zukunft soll es durch das Bündnis NoSügida bzw. dem „Bündnis für Toleranz und Demokratie“ weitere Begegnungsveranstaltungen mit Flüchtlingen in Suhl geben, sei es auf Wohngebietsfesten oder sportlichen Veranstaltungen. Bereits am 21. März fand ein Fussballturnier, organisiert durch den Suhler Sportbund, in der Wolfsgrube in Suhl statt.



Plakat in der Suhler Innenstadt

<sup>5</sup> Einen ausführlichen Bericht zur Einwohnerversammlung in Suhl findet ihr auf der Portalseite der Antifa Gruppen Südthüringen: <http://www.agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=703>

<sup>6</sup> Online zu finden unter: <https://www.fb.com/refugeewelcomeinsuhl>

ALS SICH IM JAHR 2012 MIT BLICK AUF die bevorstehende Bundestagswahl die sogenannte „Wahlalternative 2013“ als dezidiert euro-kritische Partei gründete, die seit ihrem ersten Parteitag am 14. April 2013 in Berlin den Namen Alternative für Deutschland (AfD) trägt, schossen auch allorts regionale Verbände aus dem Boden. So auch in Arnstadt. Hier erfolgte im März 2013 die Gründung eines Ortsverbandes. Der Nährboden in Arnstadt war mehr als geeignet dafür und mit der Gründung erfolgte die weitere Verdichtung eines die Politiklandschaft in Arnstadt prägenden Klüngels aus sich gegenseitig auf die Schulter klopfenden Prototaschisten. Seit ihrem Bestehen sticht dabei die AfD im ILM-Kreis-Gotha und in Thüringen selbst im parteiinternen Vergleich immer mit ihrem recht(soffen)en Auftreten hervor, wie es jüngst die Vorkommnisse auf dem Landesparteitag in Arnstadt zeigten, bei dem auch die Erfurter Resolution verlesen wurde.

### Heimspiel für die AfD

DASS DER LANDESPARTEITAG der AfD-Thüringen am 14. März dieses Jahres in Arnstadt stattfand, birgt kaum Überraschung. Mit Arnstadt wurde schließlich ein Ort gewählt, indem nationales, antisemitisches und rassistisches Gedankengut als heimisch gelten kann und zu einem wesentlichen Teil die Politiklandschaft prägt und prägt. Mit Pro Arnstadt stellt hier bis heute eine offen prototaschistisch agierende Partei die Mehrheit im Stadtrat und hatte bis 2012 mit Hans-Christian Köllmer einen Bürgermeister, der keinen Zweifel daran gelassen hatte, dass er ein offener bekennender Nazi ist, wenn er zum Beispiel den Holocaust relativierte. Erst jüngst nahm er an mehreren der von Neonazis organisierten SÜGIDA-Aufmärsche teil und auch bundesweit sorgte er für Skandale, etwa als er sich zur sogar vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuften Bewegung Pro Deutschland bekannte. Dabei stand Köllmer mit seinen prototaschistischen Ausfällen, die eigentlich als solche nicht bezeichnet werden können, weil sie bei ihm Kontinuität haben und seine politische Einstellung als Ganze kennzeichnen, nicht alleine. Stets zur Seite stand ihm sein langjähriger Parteikollege und Gesinnungsgenosse Hans-Joachim König. Dieser ist gleichzeitig Gründer des Arnstädter Stadtechos, dem völkischen Monatsblatt aus Arnstadt. Auch König schloss sich Pro Deutschland an. 2013 referierte er bei einem Stammtisch von Pro Deutschland über die Nähe seiner Partei Pro Arnstadt zu ihr, die nicht nur durch die Namenswahl Parallelen aufweise. Letztlich muss-

te er sich allerdings wohl eingestehen, dass die Pro-Bewegungen nicht den Erfolg versprochen, den er sich erhofft hatte. Seine Großmachtbestrebungen nach wie vor befolgend, schloss er sich 2013 der auf Bundesebene agierenden sogenannten Wahlalternative an, die schließlich zur AfD wurde. Er initiierte zusammen mit Rüdiger Schmitt, dem OT-Bürgermeister von Arnstadt-Eischleben und ab dato auch Kreisvorsitzenden der AfD ILM-Kreis-Gotha und anderen Kameraden die Gründung eines Ortsverbandes der AfD. Ein weiterer lokaler Akteur, der die Gründung eines Ortsverbandes im nahegelegenen Ilmenau anstrebte, war der wegen Volksverhetzung verurteilte Paul Latussek, der sogar aus dem geschichtsrevisionistischen Bund der Vertriebenen (BdV) wegen seiner offen den Holocaust leugnenden Aussagen ausgeschlossen wurde. Freilich nicht, weil dies der vertretenen Politik des BdV zuwider stünde, sondern weil ihm wegen seiner Äußerungen und seiner Verurteilung wegen Volksverhetzung verbandsschädigendes Verhalten vorgeworfen wurde. Der Landesverband der AfD unter dem damaligen Landeschef Matthias Wohlfahrt hatte bezüglich Latussek wohl ähnliche Imagesorgen wie der BdV, distanzierte sich von ihm als Person und setzte seine Mitgliedschaft aus. Die Gründung des Kreisverbandes der AfD ILM-Kreis-Gotha war also von vornherein getragen von Akteuren, die selbst in der AfD noch polarisieren können. Der strategisch klügere, weil den Holocaust nicht offen leugnenden, sondern relativierende Hans-Joachim König ist bis heute im Vorstand des hiesigen Kreisverbandes der AfD. Er ist verantwortlich für Presse-

und Öffentlichkeitsarbeit und leitet das seit dem 27. November 2014 in Arnstadt bestehende Büro der AfD in der Rosenstraße 22.

### Alte Kamellen auf neuem Papier

WAR KÖNIGS STADTECHO lange Zeit quasi das inoffizielle Organ von Pro Arnstadt, ist es mit der Gründung der AfD auch zu einer Werbe-Plattform für die AfD geworden. Im Jahr 2010 wechselte die Herausgeberschaft des Pamphlets zwar von König zu Stefan Buchtzik, übrigens ebenfalls Pro Arnstadt-Mitglied, an der Ausrichtung des Blattes änderte sich allerdings nichts, denn in Sachen Geschichtsverdrehung, Nationalismus, Antisemitismus und anderen Widerlichkeiten steht Buchtzik seinem Vorgänger in nichts nach und auch aus seinen Sympathien für die AfD macht er als Nicht-Parteimitglied keinen Hehl. König publiziert auch nach 2010 weiter im Stadtecho, ihm ist dabei mindestens die letzte Seite für Kommentare vorbehalten. Mehrfach werden auch Artikel abgedruckt, die von König geschrieben, in identischer Form bereits auf der Internetseite der AfD erschienen sind. Dass die Grenzen zwischen AfD und Stadtecho dabei zunehmend verschwimmen, zeigte sich zuletzt an einem Artikel unter der Überschrift „Der Steuerskandal“, der sowohl auf der Internetseite der AfD, als auch in der Februarausgabe des Stadtechos veröffentlicht wurde. Dass die selben Artikel in beiden Medien in identischer Form als von der Redaktion verfasst veröffentlicht werden, ist, wie angeklungen, keine Seltenheit. Für Verwirrung sorgt allerdings, dass man bei beiden Artikeln schreibt, die als Grundlage für den Artikel dienende Steuerklärung hätten „wir“ bekommen. In diesem Wir ist also selbst zum Schein gar keine Unterscheidung mehr getroffen zwischen dem Stadtecho und dem AfD Kreisverband ILM-Kreis-Gotha.

Trotzdem also die AfD in Arnstadt mit dem Stadtecho bereits ein Medium hat, mittels dem sie ihre Propaganda in Printform unter die Leute bringen kann, veröffentlichte der Kreisverband ILM-Kreis-Gotha Mitte März die erste Ausgabe des „Aufbruch“, einem Magazin, welches über die Arbeit des AfD-Kreisverbandes informieren

möchte und sich an „AfD-Mitglieder, Förderer, Freunde und interessierte Leser“ wendet, wie es dem Impressum zu entnehmen ist. Herausgegeben wird das Ganze natürlich vom für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Kreisverbandes Verantwortlichen, also keinem geringeren als Hans-Joachim König. Zum Zwecke des Seitenfüllens bedient man sich dabei der selben Mittel, wie auch das Stadtecho und druckt einfach die auf der Internetseite veröffentlichten Artikel des Kreisverbandes erneut ab. So finden sich in dem Heft die selben Artikel über das Unwort des Jahres 2014, einer Spende an das Tierheim in Arnstadt, oder aber zur Bürgerversammlung vom 12. Februar in Arnstadt, in dem gegen Flüchtlinge – oder Asylanten, wie es im Rassistentensprech Königs heißt – gehetzt wird.<sup>1</sup> Den Schwerpunkt im Heft bilden aber Berichte zum Landesparteitag der AfD in Arnstadt, bei dem die sogenannte Erfurter Resolution verabschiedet wurde.



Prominent platzierte Werbung für die AfD im Büro des Arnstädter Stadtechos zu den Europawahlen 2014

### Der Landesparteitag der AfD in Arnstadt und die Erfurter Resolution

BEI DEM LANDESPARTEITAG am 14. März in Arnstadt wurden durch die Veröffentlichung der Erfurter Resolution Grabenkämpfe ausgetragen, wie sie die gesplante AfD bundesweit führt. Das betrifft vor allem Differenzen zwischen dem sogenannten liberalkonservativen Flügel und dem nationalkonservativen Flügel. Letzterem sind die ostdeutschen Landesverbände aus Thü-

<sup>1</sup> Eine kritische Betrachtung der Bürgerversammlung findet ihr hier im Heft auf den Seiten 18ff.

ringen, Brandenburg und Sachsen zuzuordnen, für die König und Konsorten exemplarisch stehen.

Differenzen, die in der Erfurter Resolution zum Ausdruck kommen und in Form von Vorwürfen an den Bundesvorstand erhoben werden, sind die, man würde unverzichtbare Mitglieder verstoßen und sich durch vorausseilenden Gehorsam von bürgerlichen Protestbewegungen fern halten. Außerdem wird bemängelt, dass man im Hamburger Wahlkampf auf die Unterstützung der Wahlsieger aus Thüringen, Brandenburg und Sachsen verzichtet hätte.

Zu den Hintergründen: Wenn man den Vorwurf erhebt, es werden unverzichtbare Mitglieder verstoßen, gilt das für König und Konsorten sicher auch für jene, wie Paul Latussek, dessen Mitgliedschaft skandalreich ausgesetzt wurde. Ganz aktuell bezieht man sich allerdings wohl eher auf den Fall Kubitschek/ Kositzka. Seit einer Satzungsänderung der Partei im Jahr 2015 hat nämlich der Bundesvorstand ein Veto-Recht bei Mitgliedsanträgen, von dem im Fall von Götz Kubitschek und seiner Frau Ellen Kositzka das erste Mal Gebrauch gemacht wurde. Kubitschek und seine Frau schreiben für einschlägig rechte Zeitungen, wie zum Beispiel die Junge Freiheit und haben sich aktiv bei PEGIDA und LEGIDA beteiligt. Kubitschek trat gleich mehrfach als Redner bei den Demonstrationen in Leipzig und Dresden auf. Was genau aber der Grund für die Ablehnung war, bleibt unausgesprochen, diese wurde nämlich vom Bundesvorstand auch auf Nachfrage nicht begründet. In der Ablehnung kann von Seiten des Bundesvorstandes ein weiterer Versuch gesehen werden, sich öffentlich und zum Zwecke der Imagepflege von dem Neonazispektrum zuzuordnenden Personen zu distanzieren. Die Berührungsgänge bzw. Sorgen um das Image umtreibt allerdings eben nicht jene, die die Erfurter Resolution unterzeichnet haben. Wie auch, käme dies einer Selbstverleugung gleich. Dass die ostdeutschen Landesverbände als nationalkonservative Flügel dabei auf Ablehnung bei anderen Landesverbänden stoßen, wurde jüngst deutlich beim Wahlkampf der AfD in Hamburg, bei dem man auf die Unterstützung durch die ostdeutschen Landesverbände, gelinde gesagt,

## SÜGIDA UND DIE AfD:

Heiko Bernardy



AfD-Wahlplakat von 2014 – Bernardys Zukunft endete im Januar 2015 in Suhl

BERNARDY WAR KREISVORSITZENDER der AfD-Südthüringen und Mitarbeiter der Landtagsabgeordneten Corinna Herold in ihrem Büro in Hildburghausen. Wegen seiner Rede bei SÜGIDA flog er aus der Partei und verlor seinen Job. Infolgedessen trat er weitere Male als Redner in Suhl auf und war u.a. für eine rassistische Demonstration in Ohrdruf im März als Redner angekündigt, fehlte aber entschuldigt. Nach seiner plötzlichen Arbeitslosigkeit versuchte sich der geborene Polit-Clown Bernardy noch als Büttredenredner bei der Karnevalsveranstaltung von SÜGIDA am 16. Februar in Kloster Veßra. Seit SÜGIDA tritt der in Weitersroda wohnhafte Bernardy immer wieder im Umfeld von (Süd-)Thüringer Naziveranstaltungen auf.

keinen Wert legte. König attestiert dem Hamburger Landesverband dabei „taktische und organisatorische Fehler [...], die sich auch darin ausdrücken, daß im Wahlkampf selbst Gastredner aus Thüringen, Sachsen und Brandenburg „nicht erwünscht“ waren. Hintergrund – sie seien nicht marktliberal genug, zu weit konservativ.“, heißt es dazu in dem Artikel im Aufbruch, der freilich auch auf der Internetseite der AfD ILM-Kreis-Gotha zu finden ist.

Der wohl aktuell schwerwiegendste Vorwurf aber, der in der Resolution zum Tragen kommt, ist der des vorausseilenden Gehorsams, der daran festgemacht wurde, dass man sich von „bürgerlichen Protestbewegungen“ fern halte. Gemeint sind damit die Aufmärsche von PEGIDA in Dresden.

### Das Verhältnis der AfD zu PEGIDA (-Ablegern)

DAS VERHÄLTNISS DER AfD ZU PEGIDA wurde oft medial und auch parteiintern diskutiert, und ist dabei trotz nicht zu verleugnender inhaltlicher Überschneidungen nicht als eindeutig pro oder kontra zu bestimmen. Während Bundesvorstandsmitglieder wie Bernd Lucke oder Hans-Olaf Henkel von Beginn an gegen eine Annäherung an PEGIDA waren, gab es auch Annäherungsversuche und personelle Überschneidungen. So ist zum Beispiel Achim Exner, ein ehemaliges Vorstandsmitglied von PEGIDA, auch AfD-Mitglied. Starker Befürworter von PEGIDA ist auch der Fraktionsvorsitzende aus Brandenburg, Alexander Gauland. Dieser sehe PEGIDA als „natürliche Verbündete“. Mehrfach nahmen auch AfD-Mitglieder an PEGIDA-Demonstrationen teil. Aus dem ILM-Kreis reisten u.a. Rüdiger Schmitt und Marcus Bühl, Mitarbeiter des AfD-Landtagsabgeordneten Olaf Kießling, nach Dresden, um der rassistischen Mobilisierung beizuwohnen. Das Verhältnis der AfD zu PEGIDA ist also auch gekennzeichnet von den Differenzen wie sie parteiintern zwischen dem nationalkonservativen und liberalkonservativen Flügel vorherrschen. Das Verhältnis vom Thüringer Landesverband zu PEGIDA ist so konsequenter Weise ein positives. Das ist verdeutlicht in einer auf dem Landesparteitag mehrheitlich verabschiedeten Erklärung zu PEGIDA, in der man sich solidarisch erklärt und die verabschiedeten zehn Thesen inhaltlich unterstützt. Auch in der Erfurter Resolution kommt dies in dem Vorwurf zum Tragen, man hätte sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten.

Nun ist dort aber nicht dezidiert von PEGIDA die Rede, sondern eben von bürgerlichen Protestbewegungen. Inwiefern die Teilnehmer

Anzeige

# Rote Hilfe Südthüringen

**Werde Mitglied!  
Solidarität ist eine Waffe!**

[www.suedthueringen.rote-hilfe.de](http://www.suedthueringen.rote-hilfe.de)

des Südthüringer Ablegers SÜGIDA dem Verständnis der AfD nach darunter subsumiert werden können, ist fraglich. Allerdings scheint auch dem Thüringer Landesverband frühzeitig aufgefallen zu sein, dass es sich bei den Organisatoren von SÜGIDA vornehmlich um Neonazis handelt.<sup>2</sup> Das wird deutlich in einem im Vorfeld des zweiten SÜGIDA-Aufmarsches am 26. Januar veröffentlichten Positionspapier vom Thüringer Landesverband der AfD, in dem sich dieser von SÜGIDA distanzierte. Von „Trittbrettfahrer radikaler politischer Gruppierungen“ und „organisatorischen Wildwuchses bei den Ableger- und Nachahmerdemonstrationen von Pegida“ ist darin die Rede. In dieser Formulierung ist erkennbar, dass diese Distanzierung von SÜGIDA nicht als Distanzierung vom Dresdener Original zu verstehen ist. Eine weitere Einschränkung der Distanzierung erfolgt durch die Betonung, dass nichts gegen eine private Teilnahme von Parteimitgliedern spreche. Schließlich sind unabhängig von der Befürchtung, dass ihnen die Thüringer

<sup>2</sup> Zur Auseinandersetzung mit PEGIDA und SÜGIDA vgl. den Artikel in diesem Heft auf den Seiten 9ff.

Neonazis und deren Parteien das Klientel abgespenstig machen könnten, inhaltliche Schnittmengen nicht zu leugnen. Diese Einschränkung half aber dem Hauptredner des zweiten SÜGIDA-Aufmarsches, dem aus Weitersroda bei Hildburghausen stammenden Heiko Bernardy, der bis dahin der Kreisvorsitzende der AfD Südthüringen war, wenig. Er betonte zwar zu Beginn seiner Rede, dass er als Privatperson anwesend sei und reden werde. Dem Kreisverband Südthüringen reichte dies aber nicht. Noch am Tag nach seiner Rede veröffentlichte der Kreisverband auf seiner Internetseite, dass er sich von der Rede Bernardys, in der er in seinen Auslassungen zur gefürchteten Überfremdung keinen Zweifel an seiner rassistischen Einstellung ließ, distanzieren und über weitere Maßnahmen entscheiden wolle. Diese Maßnahmen fielen schließlich dergestalt aus, dass man ihm das Arbeitsverhältnis kündigte und den Rückzug vom Posten des Kreisvorsitzenden erzwang.

#### Fazit

**D**IE MEHRHEIT DER THÜRINGER AfD ist also einem Flügel zuzuordnen, der sich sogar innerhalb der AfD als besonders rechts(-offen) kennzeichnet. Der Kreisverband Ilm-Kreis-Gotha steht seinem übergeordneten Landesverband dabei in nichts nach und kann in der Verbreitung seiner Hetze auf Strukturen zurückgreifen, wie sie sich über die Jahre hinweg in Arnstadt herausgebildet haben. Die AfD-Mitglieder gelten, weil im Stadtrat tätig und dem ehemaligen Bürgermeister ideologisch nahestehend, als akzeptiert und verfügen darüber hinaus mit dem Arnstädter Stadtecho auch über ein Organ, welches sich selber als unabhängig darstellt und als kostenlose, weil über Werbung finanzierte, im Raum Arnstadt verteilte Zeitung als unverfänglich gilt. Nur so ist es auch zu erklären, dass der Landesparteitag der AfD in Arnstadt ohne großen Widerstand stattfinden konnte. Und auch die Wahlergebnisse der Landtagswahlen 2014 sprechen dabei für sich. Konnte die AfD landesweit ganze 10,6 % der Wählerstimmen für sich gewinnen, erzielte sie im Wahlkreis Ilm-Kreis II das mit Abstand

beste Ergebnis von insgesamt 15,2 %.<sup>3</sup> Die AfD Ilm-Kreis-Gotha kann also mit Rückenwind weiter ein politisches Klima in Arnstadt festigen, wie es durch jahrelange Pro Arnstadt-Herrschaft und Stadtechoeskapaden gefördert wurde.

#### Nachtrag

**P**ÜNKTLICH ZUM REDAKTIONSSCHLUSS erreichte uns noch das neue Stadtecho. Auf dem Titelblatt prangt ein an eine Todesanzeige erinnernder Aufruf zur Hilfe an die Leserschaft. Näheres dazu erfährt man im Innenteil. Dort heißt es, der Fortbestand der Zeitung sei, kurz vor ihrem 15jährigen Jubiläum, in Gefahr. Im Editorial berichtet Stefan Buchtzik darüber, dass der Allgemeine Anzeiger, bisheriger Vertriebspartner, das Stadtecho aus „Gewichtsgründen“ nicht mehr verteilen könne. Die abstoßenden Worte, die Buchtzik im selben Artikel für von ihm als Asylanten und Zigeunerbanden bezeichnete Menschen findet, verstärken das aufkommende Glücksgefühl darüber, dass der Spuk endlich ein Ende haben könnte. Ob die Leser bereit sind, für die monatliche Hetze der Stadtecho-Autoren zu bezahlen und auf Grundlage dessen ein eigenständiges Verteilernetz finanziert werden kann, wird sich zeigen. Genauer dazu erfährt ihr spätestens in der nächsten Alerta.

<sup>3</sup> Eine ausführliche Auswertung der Landtagswahl 2014 findet ihr in der Alerta #3 auf den Seiten 7ff.

Alerta Südthüringen / Arthur-Harris-Str. 7 / 99310 Arnstadt

Arnstadt, Frühjahr 2015

An das:  
Arnstädter Stadtecho  
Straße des Revisionismus  
99310 Arnstadt

**Betreff: Projektionsleistung „Lügenpresse“**

Liebe-An die Stadtechoredaktion,

mehrfach haben wir hier in der Alerta bereits über euren laxen Umgang mit Quellen und den Hang zur Überinterpretation von Studien berichtet.<sup>1</sup> In der Januarausgabe 2015 erfahren wir nun von Hans-Joachim König persönlich, der unter der Überschrift Lügenpresse über das Unwort des Jahres 2014 schwadroniert, dass auch ihr euch darüber bewusst zu sein scheint, dass „[d]ie Medien [...] in der Verantwortung für eine objektive und sachliche Darstellung der Ereignisse [stehen].“ Weiter im Text heißt es da: „Auch unser Stadtecho bemüht sich, die Dinge beim Namen zu nennen. Man kann alles nachprüfen, so man will.“ Oha! – Wir sind da zu einem anderen Urteil gelangt, lassen uns aber gerne vom Gegenteil überzeugen und wollen sodenn die Gelegenheit nutzen, um direkt eine Nachfrage zu stellen. In der selben Ausgabe findet nämlich Stefan Buchtzik für die Gegendemonstranten von PEGIDA in Dresden folgende Worte: „Bei den Gegendemonstranten fiel auf, daß es sich vornehmlich um Kinder und Jugendliche handelte, für ihre Teilnahme angeworben mit bis zu 25 Euro pro Stunde, was jetzt bekannt wurde.“ Wir, die unzählige Stunden auf Anti-Nazidemonstrationen verbracht haben und noch verbringen werden, sind hier natürlich hellhörig geworden. Wer zahlt denn diese 25 € pro Stunde für die Demonstrationsteilnahme? An wen können wir uns wenden, um diesen Stundenlohn einzufordern? Und, als Südthüringer brennt uns diese Frage unter den Nägeln: Gibt es denn auch eine Gefahrenzulage?

Keine Antwort erwartend,  
die Alerta Redaktion

<sup>1</sup> Vgl. Alerta Südthüringen #2, S. 20ff. und Alerta Südthüringen #3, S. 18ff.

2015 JÄHRT SICH ZUM 70. MAL DIE BEFREIUNG EUROPAS VOM Nationalsozialismus und damit der Sieg der Alliierten über Nazideutschland. Die deutsche Volksgemeinschaft kämpfte bis zum bitteren Ende gegen die Anti-Hitler-Koalition und selbst als an allen Fronten die deutschen Linien einbrachen, arbeitete man fieberhaft am deutschen Vernichtungsprojekt: der Ausrottung der europäischen Juden. Antifaschistischer Widerstand gegen die nationalsozialistische Terrorwelt im Kerngebiet des deutschen Reiches war selten. In der Breite der deutschen Gesellschaft hat es nie eine antifaschistische Widerstandsbewegung ähnlich etwa der französischen Résistance oder jugoslawischer und italienischer Partisanenverbände gegeben. Aber jeder der wenigen antifaschistischen Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus hat bewiesen, dass es möglich war. Letztlich gab es auch in unserer Region Gruppen und Netzwerke, die der faschistischen Übermacht auf vielfältige Weise die Stirn boten. Nicht wenige bezahlten diesen Kampf mit ihrem Leben.

In einer dreiteiligen Reihe über antifaschistischen Widerstand und Repression in Südthüringen unter der NS-Herrschaft wollen wir an diese Kämpferinnen und Kämpfer erinnern und ihr Andenken jenem kalten Vergessen entreißen, das das geläuterte Deutschland über jenen ausschüttet, die an die konkreten Gräueltaten, ihre Ursachen und die bestehenden Kontinuitäten von Drittem Reich und postnazistischer Demokratie erinnern. Im ersten Teil werden wir uns mit der Vorgeschichte befassen, von der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 bis zum Machtantritt Hitlers 1933.

### Der Kapp- und Lüttwitz-Putsch

AM 13. MÄRZ 1920 PUTSCHTEN der General Walter Freiherr von Lüttwitz und der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, in Zusammenarbeit mit dem General Erich Ludendorff gegen die wenige Monate alte Weimarer Demokratie. Unmittelbarer Anlass war die bevorstehende, im Versailler Vertrag geregelte, Auflösung von zahlreichen Reichswehrverbänden. Weil einige dieser Armeeverbände die Reduzierung des deutschen Heeres von 400.000 auf 100.000 Mann nicht hinnehmen wollten und der jungen Republik ohnehin nichts abgewinnen konnten, putschten sie gegen die Regierung aus SPD, Zentrum und DDP. Am 13. März 1920 brachten die Putschisten in Berlin Regierungsbauwerke unter ihre Kontrolle. Reichskanzler Friedrich Ebert und seine sozialdemokratischen Minister flohen zunächst nach Dresden und später nach Stuttgart, wo die Lage ruhig geblieben war. Gegen den faschistischen Kapp- & Lüttwitz-Putsch erhoben sich 12 Millionen Arbeiter zum Generalstreik. Es war der größte Streik in der deutschen Geschichte – bis heute.

Einer der Kampfschwerpunkte waren in Thüringen v.a. Suhl und Gotha. Am frühen Montagmorgen des 15. März 1920 marschierte

die Reichswehr in Suhl ein und nahm zunächst kampffrei Bahnhof, Post und Rathaus ein. Zu ersten Kampfhandlungen kam es wenige Stunden später, als Zella-Mehlisser und Suhler Arbeiterkampfverbände mit requirierten Panzerwagen zunächst Bahnhof und Post freikämpften. Über den Domberg kämpften sich Zella-Mehlisser und Albrechtser Einheiten in die Stadtmitte vor und nahmen das Suhler Rathaus unter Beschuss. Noch heute steht am Rathaus in goldenen Buchstaben der alte Spruch „Im grünen Wald die rote Stadt, die ein zerschossen‘ Rathaus hat“, der genau aus jener Zeit rührt, als Arbeiterkampfverbände das von Putschisten besetzte Rathaus beschossen. Die Kämpfe dauerten 12 Stunden, dann streckten die Putschisten die Waffen.



Spruch am Suhler Rathaus heute

Ein ähnliches Bild zeigte sich in Gotha. Dort hatten Streikende kurzerhand die Republik Gotha ausgerufen, die von aus Erfurt vorrückenden Reichswehr-Soldaten unter Beschuss stand. Die Gothaer Arbeiter riefen ihre Suhler Genossen zu Hilfe. Etwa 1500 Kämpfende sollen es gewesen sein, die, aus dem Raum Suhl/Zella-Mehlis kommend, in Gotha kämpften. Am 18. März waren die Putschisten geschlagen. Der Kapp- und Lüttwitz-Putsch scheiterte am Generalstreik, an der Uneinigkeit der Militärs, aber auch an der Entschlossenheit der Südthüringer Arbeiter. 72 von ihnen ließen bei den Kämpfen in Gotha ihr Leben. Noch heute erinnert ein Gedenkstein und eine jährliche Veranstaltung auf dem ehemaligen Mehliser Friedhof an die Gefallenen jener März-tage 1920.



März kämpferdenkmal in Zella-Mehlis

Nach der Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Putsches kam es im Herbst 1923 in Bayern zur Mobilisierung faschistischer Militärs, die im Hitler-Putsch gipfelte, der zwar schon in Bayern an der Uneinigkeit der Rechten scheiterte, aber für dessen Gegenwehrvorbereitungen es in (Süd-)Thüringen zwei Versionen der Geschichte gibt. Fakt ist, dass Verbände aus der Arbeiterbewegung (Kommunisten, Sozialdemokraten & Anarchosyndikalisten), unterstützt durch die Thüringische Landesregierung von Sozialdemokraten und Kommunisten proletarische Hundertschaften aufstellten und bewaffneten. Die herrschende Geschichtsschreibung, in die jene Aktion als „Deutscher Oktober“ eingegangen ist, spricht von einem kommunistischen Putschversuch gegen die Weimarer Demokratie im Sinne einer kommunistischen Revolution für ein Sow-

jetdeutschland. Die Kommunisten sprechen von einem „roten Sperrriegel“, der den Vormarsch der faschistischen Verbände aus Bayern unterbinden sollte. Vermutlich ist an beiden Versionen etwas dran: Den Kommunisten ging es in erster Linie darum, wie 1920, ein Übergreifen des Faschismus zu unterbinden. Sie hätten aber auch die Revolution gemacht, wären nicht 1. die Massen in Deutschland nie dazu bereit gewesen und 2. die kommunistischen Kampfverbände der Reichswehr und den faschistischen Milizen gnadenlos unterlegen gewesen. Die damalige sozialdemokratisch-kommunistische Landesregierung in Thüringen stürzte und viele Kommunisten kamen in Haft oder mussten im Nachgang Repression über sich ergehen lassen. Der Zella-Mehliser Kommunist Nikolaus Pfaff musste als Mitglied des militärischen Stabes der KPD nach 1923 untertauchen und saß schließlich von Mai 1931 bis Mai 1932 in Festungshaft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“.

13 bzw. 10 Jahre nach der Niederschlagung von Kapp-/Lüttwitz- und Hitler-Putsches, zur Machtübernahme der Nationalsozialisten Anfang des Jahres 1933, hatten die kämpfenden Arbeiter den Faschisten nichts entscheidendes mehr entgegenzusetzen. In diesen 10–13 Jahren von 1920/23 bis 1933 müssen Veränderungen stattgefunden haben, die die Niederlage der Arbeiterklasse, d.h. ihre Selbstaufgabe, wo sie zum Faschismus sich bekannte und ihre Zerschlagung, wo sie letzten Widerstand gegen jenen leistete, gezeitigt haben. Denn dass große Teile der Arbeiterbewegung die Machtübernahme Hitler begrüßt haben, ist nicht von der Hand zu weisen. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass eine Minderheit der sozialistischen Arbeiterbewegung 1933, unter ihnen viele der Südthüringer Kämpfer jener März-tage 1920, in den Widerstand ging, verfolgt, interniert und ermordet wurde. Der Suhler März-kämpfer und späteres Mitglied der Suhler Friedberg-Widerstandsgruppe Emil Recknagel beispielsweise wurde mit seiner Frau Minna, Mitglied im Suhler Verteidigungsausschuss, im Januar 1945 von den Faschisten wegen Widerstandes durch das Fallbeil hingerichtet. Auch der Vorsitzende des Suhler Verteidigungsausschusses, der Sozialdemokrat Guido Heym, wurde während der NS-Herrschaft interniert, gefoltert und kurz



vor Kriegsende in einem Waldstück bei Weimar hingerichtet. Wie den Recknagels und Heym erging es vielen ehemaligen Märzkämpfern. Viele überlebten den Naziterror nicht.

### **Allgemeine Situation vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten**

**D**IE DEUTSCHE RECHTE schreckte schon während der Weimarer Republik zu keiner Zeit vor Mordanschlägen und Terror jeglicher Art zurück, beispielhaft seien nur die Morde an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht (1919) und Walther Rathenau (1922) benannt. Schon zu Beginn der jungen Demokratie und vor Gründung der NSDAP lehnten die rechten Parteien Deutsche Volkspartei (DVP) und Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) die Weimarer Verfassung ab, die von den sozialistischen Parteien mitgetragen wurde. Die Wirtschaftskrise und in ihrer Folge Arbeits- und Perspektivlosigkeit wirkte wie ein Katalysator für die aufkommende Bewegung des Nationalsozialismus in ihren vielfältigen Organisationen. Nach den zwei angesprochenen größeren Putschversuchen 1920 und 1923 ging der Faschismus in Deutschland seinen Weg durch die Instanzen, unterstützt durch maßgebliche Fraktionen von Wirtschaft und Militär. Der Historiker Gerd Kaiser beschreibt die Situation so:

*„Im Zeichen des Faschismus initiierten, förderten und formierten Entscheidungsträger in Schlüsselpositionen der Wirtschaft, Politik, Militär und Ideologie in den zwanziger Jahren in der Mitte der Gesellschaft Massenbewegungen, in denen Führerkult und Herrenmenschentümelei sich mit zügellosem Terror gegen jedwede parlamentarisch-demokratische und emanzipatorische Lebensform und politische Kultur paarten.“*

In Thüringen fand bereits vor 1933 eine schleichende Faschisierung im Politikbetrieb statt – von Entwicklungen in der Gesellschaft ganz zu schweigen. Ab Januar 1930 waren in Thüringen Nationalsozialisten in Koalitionsregierungen an der Macht. Ab August 1932 gab es die erste rein nationalsozialistische Landesregierung unter Fritz Marschler, mit dem seit 1927 ernannten NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel als Staats- und

Innenminister. Anfang des Jahres 1933 folgte das Reich bekanntlich Thüringen auf dem Weg in den Faschismus. Zur Abstimmung über Hitlers Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 im Reichstag, dem endgültigen Todesstoß für die Weimarer Verfassung, waren die 81 gewählten Abgeordneten der KPD nicht mehr anwesend, da entweder bereits in Schutzhaft oder ausgeschlossen. Mit Ausnahme der SPD stimmten alle Fraktionen für Hitler. Mit der Übernahme der Staatsgeschäfte samt diktatorischer Befugnisse verschärfte sich der nationalsozialistische Terror sprunghaft. Als seine ersten Ziele benannte Hitler die „Beseitigung des Krebschadens der Demokratie“ und die „Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel“.

Die Linken von SPD bis KPD sowie Gewerkschaften waren die letzten gewesen, die die Weimarer Demokratie gegen den Nationalsozialismus verteidigten. Die heute oft beschworene „Mitte der Gesellschaft“ und ihre Repräsentanten (etwa das Zentrum, eine Vorgängerpartei der heutigen CDU) stimmten für Hitler. Das wird heute oft vergessen oder geleugnet, wenn in Schulbüchern und anderswo die Einschnürung der Weimarer Demokratie zwischen linken und rechten Rändern beschrieben wird und vielleicht muss deswegen die Bewaffnung von proletarischen Kampfverbänden 1923, die als „Deutscher Oktober“ in die Geschichtsbücher Eingang fand, als kommunistischer Putschversuch aufgebauscht werden, weil das postnazistische Nationbuilding mit seiner Extremismuskritik für diese Mär Argumente braucht. Es war mitnichten so: Sozialdemokraten und Kommunisten wie auch Anarchosyndikalisten und andere linke Gruppen, Organisationen und Strömungen, untereinander tief zerstritten, waren auf parlamentarischer wie allgemein-gesellschaftlicher Ebene die letzten, die sich der Abschaffung der Weimarer Demokratie widersetzen. Sie ist durch ein Bündnis von Faschisten und Konservativen gestürzt worden bzw. ging sie, genauer gesagt, auf legale Weise in den Nationalsozialismus über, weil die Mehrheit der Repräsentanten sie abschaffen wollte.

Der Historiker Gerd Kaiser resümiert die Entwicklung in der Weimarer Republik bis zum Jahre 1933 wie folgt:

*„1933 endete in Deutschland eine historisch-politische Etappe. Die Eliten formierten sich politisch neu. Die Weimarer Republik ging an ihren wesenseigenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Widersprüchen zugrunde. Bislang zumindest partiell staatstragende Schichten des Besitzbürgertums der Weimarer Republik, die diese von Anfang an nur widerwillig und auf Zeit mitgetragen hatten, ließen diese Staatsform fallen und orientierten sich gemeinsam mit jenem Teil der Eliten, der die demokratische Staatsform von Anfang an abgelehnt hatte, auf eine staatsterroristische Herrschaft des Kapitals. Der strikt antidemokratische, antikomunistische, konterrevolutionäre Führerstaat entstand auf den Trümmern der Weimarer Republik. Die sogenannten staatstragenden Schichten des Ancien Régimes waren letztendlich zu den Totengräbern dieser Staatsform geworden.“*

Kaiser, und u.a. hierin liegt eine große Schwäche seines Standardwerkes über den Widerstand in Südthüringen, interpretiert den deutschen Faschismus als eine „staatsterroristische Herrschaft des Kapitals“ und blendet weitgehend die Mitwirkung und den Willen breiter Bevölkerungsschichten aus. Dabei ist das Wesen des Nationalsozialismus gerade nicht, dass er bloß von oben gesteuert war, sondern, dass er aus einer dezidiert antisemitischen Basisbewegung der Massen entstand. Teile dieser Massen rekrutierten sich aus der alten Arbeiterbewegung, die Kaiser gerne von Mitschuld freisprechen würde.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor war neben allen genannten sicher auch die Uneinigkeit zwischen den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterbewegung, die letztlich in jene Niederlage führte, aus der nie wieder eine deutsche Arbeiterbewegung erwuchs. Die Sozialdemokratie stieß sich im Laufe der 20er Jahre von den Kommunisten ab, denen man Ambitionen zum Putsch vorwarf und als „rotlackierte Faschisten“ beschimpfte und setzte in den ersten Jahren nach der faschistischen Machtübernahme, so Kaiser,

### **Literatur:**

Gerd Kaiser: Auf Leben und Tod – Stille Helden im antifaschistischen Widerstand 1923 bis 1945. Edition Bodoni, Berlin, 2007.

darauf, dass der Nationalsozialismus bald abwirtschaften werde, unterschätzte also das Stabilisierungspotential des faschistischen Regimes. Die deutschen Kommunisten vertraten ab 1929 nach Beschluss der Kommunistischen Internationalen eine 1924 von Grigori Sinowjew und Josef Stalin lancierte Sozialfaschismusthese, die sich die Sozialdemokratie als „linken Flügel“ bzw. als „Zwillingsbruder“ des Faschismus erklärte. Jetzt ist sicher nicht in Abrede zu stellen, dass die Geschichte der Sozialdemokratie an allen Stellen die eines Verrats an den Klasseninteressen der Werktätigen und Erwerbslosen ist, aber im Falle einer sich anbahnenden faschistischen Terrorherrschaft, wäre die von nicht wenigen Kommunisten geforderte Einheitsfront gegen Faschismus der vernünftige Weg gewesen, denn Faschisten waren die Sozialdemokraten in ihrer Mehrzahl nicht. Die Sozialfaschismusthese wurde erst 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale verworfen. Bis dahin war sie in Deutschland ideologische Konstante der KPD-Leitung. Immerhin gelang es schon in den ersten Jahren des Widerstandes hier und da die Gräben zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zuzuschütten und gemeinsam Widerstandsaktionen zu organisieren.

Der Weg des Nationalsozialismus zur totalen Herrschaft in Deutschland ist ein Kapitel des schlimmsten Versagens der antifaschistischen Linken bzw. ihrer schlimmsten Niederlage. Ihr gelang es nicht, im Gegensatz zum Faschismus und anders als in den Jahren 1920 und 1923, die Kräfte zu bündeln und gegen die völkische Barbarei zu mobilisieren. Im zweiten Teil unserer dreiteiligen Reihe zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Südthüringen werden wir uns mit den ersten Jahren des Widerstandes von der Machterlangung der Nationalsozialisten bis zum Kriegsausbruch 1939 befassen. Dieser Teil erscheint in Ausgabe #5 der Alerta Südthüringen.

**A**M 2. MÄRZ 2015 VERTEILTE DIE ANTIFA SUHL/ZELLA-MEHLIS bei den Gegenprotesten zum siebten SÜGIDA-Aufmarsch ein Flugblatt, das die öffentliche Empörung über die „Nie wieder Deutschland!“-Rufe der vergangenen Wochen aufgreift und begründet, warum die von einigen formulierte Deutung, die Antifa könnte damit vielleicht das Deutschland von 1933 bis 1945 meinen, falsch ist. Die Antifa meint das heutige Deutschland, das seine Vergangenheit niemals abgelegt hat und in dem, wie Adorno einst formulierte, „die Bereitschaft zum Unsäglichen fortwest in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern.“ Wir dokumentieren das Flugblatt.

**N**IRGENDWO IN ZIVILISIERTEN LÄNDERN ist so wenig Grund zum Patriotismus wie in Deutschland, und nirgendwo wird von den Bürgern weniger Kritik am Patriotismus geübt als hier, wo er das schlimmste vollbracht hat. [...] Unansprechbar, weil unreflektiert und von keinem vernünftigen Grund gestützt, vom Westen schlan die Reputation erborgend, man sei ein liberales Volk, man teile die politische Geschichte mit der freien Welt, schickt man sich an, der Freiheit den nächsten Streich zu spielen. Die Kotaus [=Verneigungen] vor den Widerstandskämpfern, die offiziellen Absagen an den Antisemitismus, von den Synagogenbesuchen der Bürgermeister bis zum Schweigen bei Anne Frank, all dieses bereits kleinlaut und formell gewordene Schuldgetue hat bloß die Funktion, sich zum rechten Patriotismus wieder das gute Gewissen zu machen, sofern es nicht bloße Reklame für amerikanische Foundations ist. Der Patriotismus in Deutschland ist so furchtbar, weil er so grundlos ist.

(Max Horkheimer, 1959)

**D**IE EINEN DEMONSTRIEREN gegen Flüchtlinge und die offene und solidarische Gesellschaft, die es nicht gibt. Die anderen halten sie hoch und werben für Verständnis mit den Geflüchteten. So unterschiedlich die Lager in Suhl auch erscheinen, in einem sind sie sich einig: Militante Faschisten, Nützlichkeitsrassisten, „besorgte Bürger“, Antisemiten, bekennende Christen, Sozialdemokraten, die ganze Zivilgesellschaft – alle wollen für Deutschland nur das Beste. Im Aufruf der NoSÜGIDA-Gruppe heißt es deshalb, man begrüße die Aufnahme von Flüchtlingen, weil man der Überzeugung sei, „dass unser Land gewinnt, wenn es auch weiterhin Flüchtlinge aufnimmt“. Die Nazis von SÜGIDA vertreten die diametral entgegengesetzte Position: Deutschland zahle für Menschen für deren Schutz es nicht verantwortlich sei und die lieber woanders sterben sollen. In moralischer Hinsicht sind die Nazis ihren Gegnern unterlegen, das Credo „Hauptsache für Deutsch-

land“ bleibt das selbe. Dass eine kapitalistisch zugerichtete Gesellschaft nicht von ihrem nationalen Zwangskollektiv als identitärem Anker lassen, es je nach Standpunkt aber anders definieren möchte, ist nicht ungewöhnlich. Politisch verwerflich ist das (aus der Perspektive des von uns vertretenen linksradikalen Antifaschismus) überall, aber in Deutschland ist der Patriotismus angesichts der deutschen Vergangenheit und ihrer ungebrochenen Kontinuität in der Gegenwart nur umso widerlicher.

### Produktionsverhältnis des Todes

**E**INE DEUTSCHE BESONDERHEIT hat schon Karl Marx in seinen Frühschriften beschrieben: Bei der deutschen handelt es sich um eine nichtrevolutionäre Gesellschaft, die die Revolutionen, die andere Gesellschaften erkämpften, nicht, ihre Restaurationen sehr wohl mitvollzog. Marx spitzte diese Entwicklung mit den Worten zu, die Deutschen befänden sich in ihrer Geschichte „immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung.“ Bezogen etwa die Franzosen und die Amerikaner ihre nationale Identität in revolutionären Erhebungen gegen feudale Ordnungen, in den Idealen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, so stürzte in Deutschland der Obrigkeitsstaat erst auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges, um einige Jahre später in Hitlers Führerstaat und Volksgemeinschaft wiederaufzuerstehen. Diese deutsche Volksgemeinschaft fand zwischen 1933 und 1945 ihre Identität in einer anti-bürgerlichen Revolte gegen die kapitalistische Moderne. Ihr Antisemitismus identifizierte und verfolgte die unverständene, abstrakte und als negativ empfundene Seite kapitalistischer Vergesellschaftung in den europäischen Juden. Noch heute ist das, also die Rationalisierung kapitalistischer Undurchsichtigkeiten in den handelnden „heimlichen Lenkern der Welt“, der Kern antisemitischer Ideologie. Die Deutschen fanden ihre innere Einheit und Identität erst in der fast

vollständigen Vernichtung der europäischen Juden. Diesem Projekt der totalen Vernichtung wurde, je näher die Alliierten rückten, höchste Priorität eingeräumt und etwa wichtige Kapazitäten im Schienenverkehr nicht für die Unterstützung der Truppen, sondern die Transporte der Juden eingesetzt.

Das Symbol der französischen Revolution war der Sturm der Bastille 1789, das der deutschen die Wannsee-Konferenz 1944. In Auschwitz wurde nicht nur die Idee der einen Menschheit und die Hoffnung auf die Befreiung vom Joch kapitalistischer Ausbeutung zerstört; in den deutschen Vernichtungslagern rotteten die Deutschen nicht bloß Millionen Wehrlose aus, sie kamen zu sich selbst, offenbarten das Wesen dessen, was deutsch ist. Deutsch ist die konformistische Revolte gegen das bürgerliche Glücksversprechen, deutsch ist der antisemitische Furor, die Vernichtung um der Vernichtung willen. Das was deutsch ist, ist keine Mentalität, keine vererbte Haltung zur Welt, deutsch ist das „Produktionsverhältnis des Todes“ (ISF), deutsch ist die zur Vernichtung schreitende Antwort auf die kapitalistische Dauerkrise, eine spezifische Form kapitalistischer Vergesellschaftung: die negative Aufhebung des Kapitals auf dessen eigener Grundlage. Die deutsche Gesellschaft verwandelte sich im Zeichen der Liquidierung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, der Reintegration des Heeres an (deutschen) Überflüssigen, die der Kapitalismus produziert und der Krisenbearbeitung in ein Mordkollektiv undenkbarer Ausmaßes.<sup>1</sup> Dass dieses Land und seine Ideologie 1945 nicht zerstört und die Deutschen nicht umfassend entnazifiziert wurden, ist ein Versäumnis mit unanschätzbaren Folgen.

### Solidarität mit Israel!

**D**ER NATIONALSOZIALISMUS LEBT NACH. Er lebt nach in den Verhältnissen, die ihn ermöglicht haben und die statt grundlegend revolutioniert, restauriert worden. Der Nationalsozialismus ist zwar militärisch besiegt, aber nie gänzlich bezwungen worden. Die Welt ist nach Auschwitz keine ganz andere – das hatten nicht wenige Überlebende

<sup>1</sup> Zum besseren Verständnis bzw. zur Vertiefung empfehlen wir: Mario Möller: Zum Gegenstand antideutscher Kritik. Oder: Was ist deutsch? Erschienen in: Bonjour Tristesse #8 & #9: <http://bit.ly/1vTKWSr> & <http://bit.ly/1zvEQsU>

als verzweifelte Hoffnung formuliert. Und auch die deutsche Ideologie ist nicht verschwunden, sondern hat sich in weiten Teilen, etwa was den Antisemitismus in Deutschland betrifft, transformiert und in anderen Erdteilen quasi epidemisch ausgebreitet.

Der Irrglaube, 70 Jahre nach dem Abbruch der Shoah sei der Antisemitismus als Teil der deutschen Leitideologie verschwunden, ist nicht bloß deshalb absurd, weil in Auschwitz nicht die Antisemiten, sondern die Juden vernichtet wurden. Die Antisemiten waren im neuen deutschen Staat wieder zu angesehenen Staatsämtern gekommen, ohne je wirklich zur Rechenschaft gezogen worden zu sein und ohne je ernst zu nehmende Anzeichen von Trauer, Schuld oder Sühne zu zeigen. Eine wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit, die die fortbestehenden Voraussetzungen für die faschistische Barbarei beseitigen müsste, fand nicht statt.

Die überlebenden Juden erkämpften sich mit Hilfe der Alliierten ihren eigenen Staat und wehren sich heute nach Kräften gegen das schlimmste deutsche Exportprodukt im Nahen Osten: den eliminatorischen Antisemitismus, der im Antizionismus seine postnazistische geopolitische Reproduktion erfahren hat. Die Solidarität mit Israel, mit dem Staatszweck des Zionismus, ist deswegen für Antifaschisten das Gebot der Stunde, ganz egal welche Regierung in Tel Aviv die Geschehnisse des Landes bestimmt. Ein solcher israelsolidarischer Antifaschismus bekämpft islamistische Mörderbanden wie Hamas und IS genauso wie die in Deutschland hervorgebrachten Formen eines modernen Antisemitismus nach Auschwitz. Dieser Antisemitismus hat sich grundlegend transformiert und tritt heute in diversen Formen etwa als Schuldabwehr-Antisemitismus, Antizionismus oder struktureller Antisemitismus in Erscheinung. Letzterer ist der Kern einer Bewegung, die sich im vergangenen Jahr gebildet hat. Die „Mahnwachen für den Frieden“ haben deutschlandweit (in Thüringen: Erfurt und zeitweise Jena) der antisemitischen Ideologie von der jüdischen Weltverschwörung wieder eine öffentliche Plattform verschafft und dazu beigetragen, dass sich Verschwörungsantisemitismus über soziale Netzwerke besser verbreitet als die Klatsch-News der Bild-Zeitung.<sup>2</sup> Unterstützt wurde diese

<sup>2</sup> Zur Vertiefung verweisen wir auf einen unserer Redebeiträge, gehalten am 7. November 2014 in Erfurt: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=670>

Bewegung – das soll hier nicht verschwiegen werden – von einem Redner der Suhl Anti-SÜGIDA-Protteste, dem Weitersrodaer Schlossbesitzer und linken Liedermacher, Florian Ernst Kirner, auch bekannt als Prinz Chaos II.

Während an der deutschen Basis der Antisemitismus fröhlich Urstände feiert, flankiert von einer deutschen Linken, die vom Antisemitismus nichts begreifen will, steht die Bundesregierung mehr schlecht als recht an der Seite Israels, was nicht nicht heißt, dass führende SPD-Politiker, wie der Vize-Kanzler Sigmar Gabriel nach einem Besuch in den Palästinensergebieten 2012, Israel nicht auch mal als Apartheid-Regime bezeichnen kann. Die selbstaufgelegte Zurückhaltung der deutschen Regierung gegenüber Israel bröckelt. Im Hinblick auf den Streit des israelischen Staates mit der islamischen Republik Iran und dessen atomarem Vernichtungsprogramm verheißt das nichts Gutes.

### *Blitze in den naiven Volksboden*

**D**IE IN DEUTSCHLAND von den alliierten Siegermächten installierte parlamentarische Demokratie trägt als Geburtsmal die Vernichtung des europäischen Judentums. Der Staat des Grundgesetzes machte sich die Gemeinschaft der Nürnberger Gesetze und der Wannsee-Konferenz zum Staatsvolk. 70 Jahre später mögen die Täter beinahe verschwunden sein, mit ihrer Ideologie wurde letztlich nicht gebrochen. Wie die zwangsdemokratisierten Deutschen reagieren, wenn sie einige tausend Flüchtlinge im Land des Überflusses ertragen müssen, erleben wir jeden Montag in Suhl. Die Flüchtlinge sollen woanders krepieren, weil sie in Deutschland einerseits nicht zur Verwertung taugen und andererseits die Verwertungsbedingungen der deutschen Arbeitskräfte durch Konkurrenz verschärfen könnten. Die Antwort der besorgten Bürger im Kampf für die Abschottung der Armen der Welt heißt Rassismus und dieser ist, das zeigen jüngere Erhebungen, heute durchaus mehrheitsfähig in weiten Teilen Ostdeutschlands. Das Produktionsverhältnis des Todes bringt nunmal entsprechende Sozialcharaktere hervor, von denen ohne den Befehl von oben immer nur ein Bruchteil auf die Straßen geht. Überall wo der Putz der alliierten Zwangsdemokratisierung bröckelt, kommt die

hässliche Fratze des deutschen Wesen, der Kampf gegen vermeintliche „Volksschädlinge“, zum Vorschein, das nie durch Entnazifizierung und Re-education zerstört werden konnte und das die Rückkehr zur deutschen Barbarei denkbar macht, weil die Bedingungen fortbestehen, die sie einst ermöglichten.

Und so sind die Deutschen, die nicht ablassen wollen solche zu sein, immer eine Bedrohung für die Welt. Auch wenn sie gerade nicht mordend und brandschatzend Europa in Trümmer legen. In Griechenland zermürbt die von Deutschland geführte Troika heute die griechische Gesellschaft ohne Militär durch einen „Wirtschaftskrieg“ (Konic). Und da wo sie ihre Interessen nicht vermittelt ökonomischer Repressalien durchsetzen können, steht zu befürchten, dass das alte Bündnis aus Mob und Elite die Deutschen wieder als das entblößt, was nur durch alliierte Bomberflotten und Panzerverbände zu brechen war: das Mordkollektiv im Wartestand, gegen das überall Widerstand zu organisieren, Sache von Antifaschisten ist. Dieser Antifaschismus ist antideutsch oder er hat seinen Gegenstand nicht begriffen.

Was bleibt, ist die heute fast grundlose Hoffnung darauf, dass, und sei es durch eine List der Vernunft oder die Hilfe des Auslands, die von Marx beschworene Emanzipation der Deutschen zu Menschen doch noch gelingen werde, weil „der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden“ einschlägt. Bisher wuchert auf diesem naiven Volksboden nur der Hass und die Borniertheit, dem wohl auch die Liebe zum Vaterland entspringt. Solcher Spinnerei sind die nüchternen Worte Wolfgang Pohrts entgegenzuhalten, wonach „sich zwar niemand das Land, in dem er geboren, und die Sprache, in der er erzogen wird, aussuchen kann. Die Entscheidung aber, jene Zufallsbedingungen, denen er seine Existenz verdankt, zu schätzen oder zu verfluchen, steht jedem frei. Wer Gründe findet, ausgerechnet dieses Land zu schätzen, soll sie nennen. Wer keine findet und trotzdem liebt, soll schweigen, was jemanden im Innersten seines Herzens bewegt, geht uns nichts an.“

März 2015,  
Antifa Suhl/Zella-Mehlis,

### TERMINE

**I**N DEN NÄCHSTEN MONATEN finden verschiedene rechte Aufmärsche, Gegenaktionen und andere interessante Veranstaltungen im Raum Thüringen und Oberfranken statt, auf die wir euch hiermit hinweisen wollen.

#### *1. Mai: Saalfeld*

**I**N SAALFELD WOLLEN am 1. Mai Nazis und andere Rassisten, die unter anderem der Partei „Der Dritte Weg“ zuzurechnen sind, gegen Überfremdung und einem drohenden Volkstod demonstrieren. Es gilt sich mit allen Mitteln und auf allen Wegen diesem Aufmarsch entgegenzustellen.

Weitere Informationen zu antifaschistischen Aktionen gegen den Naziaufmarsch unter: [www.1maislf.blogspot.de](http://www.1maislf.blogspot.de)

#### *7. Mai, 19 Uhr: Ilmenau, TU, HU-Hörsaal*

**D**ER IDEOLOGIEKRITIKER GERHARD STAPELFELDT aus Hamburg ist im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Hochschul-Referats für politische Bildung unter dem Titel „Moral in der Wissenschaft?“ an der TU Ilmenau zu Gast. Im Vortrag „Vernunft, technische Rationalität, Krieg – Zur gesellschaftlichen Verantwortung des Ingenieurs“ wird am Verhältnis von Friedens-Utopie und Krieg der Verfall der bürgerlichen Moral skizziert. Im Zentrum steht die liberale Utopie: um darzulegen, welche objektiven Möglichkeiten im destruktiven Fortschritt zurückbleiben.

#### *9. Mai: Hildburghausen*

**D**ER RECHERCHEBLOG THÜRINGEN-RECHTSAUSSEN berichtete von einem geplanten Aufmarsch von Fußballfans in Hildburghausen, die sich FEGIDA nennen und gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ protestieren wollen.

Nähere Informationen sind bisher nicht bekannt.

#### *16. Mai bis 21. September: Meiningen*

**I**N DEN KOMMENDEN MONATEN wird in Meiningen an eine vergessene revolutionäre Bewegung und einen ihrer bekanntesten Vertreter erinnert: den Anarchosyndikalisten Erich Mühsam. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Mühsam in Meiningen“ organisieren die Erich-Mühsam-Gesellschaft Lübeck, die Meininger Museen, das Kulturreferat der Stadt Meiningen und der Wanderverein Bakuninhütte einen Lesewandertag (16. Mai), eine Ausstellung (17. Mai bis 27. September), eine Fachtagung (11. bis 14. Juni) und einen Museumsabend mit szenischer Lesung und Konzert (14. Juni).

Alle Informationen zu den Veranstaltungen sind unter [www.muehsam-in-meiningen.de](http://www.muehsam-in-meiningen.de) zu finden.



## 21. bis 25. Mai: Coburg

ALLJÄHRLICH TREFFEN SICH IN COBURG rechtskonservative bis reaktionäre Landsmannschaften und Turnerschaften aus Deutschland und Österreich zum Pfingstkongress des Coburger Convents, Dachverband von 96 pflichtschlagenden Studentenverbindungen.

An diesem Pfingstwochenende wird es wieder verschiedene Aktionen rund um und gegen den Coburger Convent geben.

Donnerstag: Freifilm-Kino auf dem Albertplatz

Freitag: Vortrag der Roten Hilfe Südthüringen im Infopunkt. Der Vortrag beschäftigt sich mit der Geschichte der Roten Hilfe und wird beleuchtet, mit welchen Mitteln, Tricks und Methoden staatliche Institutionen wie der Verfassungsschutz oder die Polizei immer wieder versuchen antifaschistische Strukturen oder politisch aktive Menschen einzuschüchtern und mit Repressionen zu überziehen.

Samstag: Demonstration ab 14 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz

Sonntag: Vorträge am Infopunkt

Montagabend: Proteste gegen den Fackelzug des Coburger Convents

Weitere Informationen zu den Aktionstagen gegen den Coburger Convent findet ihr online unter: [www.coburgerconvent.blogspot.de](http://www.coburgerconvent.blogspot.de)



## 29. Mai: Arnstadt

IN ZEITLICHER NÄHE ZUM 8. MAI als 70. Jahrestag der Befreiung, dem Tag, an dem in Europa der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und dem Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht wird, soll im Rahmes eines Vortrages die Zeit nach der Befreiung der Konzentrationslager thematisiert werden. In diesen befanden sich die letzten Überlebenden, die zwar nun befreit waren, aber ebenso gewissermaßen heimatlos. Nicht selten konnten sie die Orte der deutschen Verbrechen nicht verlassen. Der Vortrag behandelt die Situation von sogenannten Displaced Persons (DP) in der Zeit nach 1945 und die Situation in den DP-Camps. Speziell soll es dabei um die jüdischen Überlebenden und ihren beschwerlichen Weg nach Palästina/Israel gehen. Anschließend gibt es wieder die Möglichkeit zur Diskussion im größeren oder kleineren Kreis beim Antifa-Tresen.

## 6. Juni: Kloster Veßra

DER THÜRINGENTAG DER NATIONALEN JUGEND wird seit 2002 jedes Jahr in einer anderen Stadt ausgerichtet. In der Vergangenheit traten neben Rednern der NPD und Freien Kameradschaften als musikalisches Rahmenprogramm szenebekannte Neonazibands und Liedermacher auf.

Dieses Jahr soll der Thüringentag in Kloster Veßra (Landkreis Hildburghausen) auf dem Gelände der von Tommy Frenck erworbenen Gaststätte „Goldener Löwe“ stattfinden. Nähere Informationen sind bisher nicht bekannt.

Informationen zu antifaschistischen Gegenaktivitäten an diesem Tag unter: [www.trockenlegen.tk](http://www.trockenlegen.tk)

## ZUM SCHLUSS EIN WITZ

WEIL DER ERNST DER REALITÄT UND DIE HIER KOMPRIMIERT DARGESTELLTE SCHEISSE AUS SÜDTHÜRINGEN manchmal erdrückend wirken kann, möchten wir mit einem Witz schließen. Denn, wie es Tim Wolff, Chefredakteur der TITANIC, in Bezug auf die Anschläge auf die Redaktionsräume von Charlie Hebdo treffend auf den Punkt brachte: „Komik ist zu allererst ein Mittel, dem Ernst des Lebens, der die meisten von uns bedrückt, selbst wenn nicht gerade Raketenwerfer in Redaktionsräumen abgefeuert werden, etwas entgegenzusetzen, im besten Falle seiner Herr zu werden. Und je ernster die Lage, desto wichtiger der Humor. Komik schafft Distanz zu bedrückenden Ereignissen, sie erlaubt, uneigentlich über eigentlich Unerträgliches zu sprechen – und so den Schrecken zu bekämpfen.“<sup>1</sup>


Ein Amerikaner, ein Deutscher und ein Israeli werden vom Islamischen Staat gekidnappt und ihr Enthauptungsvideo wird gerade vorbereitet. Sie sind bereits in orange gekleidet als der Enthaupter sie lächelnd fragt, ob sie einen letzten Wunsch haben. Der Amerikaner sagt, er würde gerne noch einen Hamburger essen. Der Deutsche bittet um eine Currywurst und ein gutes, kaltes Bier. Der Israeli bittet um einen Tritt in den Hintern.

Der IS-Enthaupter gibt dem Israeli grinsend einen Tritt in den Hintern.

Der Israeli dreht sich um, schlägt den Enthaupter K. o., tötet mit dessen Waffe die anderen IS-Terroristen, befreit den Amerikaner und den Deutschen, ruft Hilfe und sie werden gerettet. Im Hubschrauber fragt der Deutsche den Israeli, warum er sich einen Tritt in den Hintern gewünscht habe.

Der Israeli: „Sonst hättet ihr gesagt, ich habe angefangen.“

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.titanic-magazin.de/news/es-lebe-der-witz-7003/>



<http://lirabelle.blogspot.eu>

Die Lirabelle ist eine undogmatisch-linke Zeitschrift aus Erfurt. Die Beiträge weisen zumeist einen regionalen Bezug auf, wollen inhaltlich aber durchaus auf's Ganze zielen. Das Projekt ist von und für Menschen gedacht, die sich für praktische Gesellschaftskritik bzw. gesellschaftskritische Praxis interessieren – in der gebotenen Breite und Vielfalt, in Verbindung von subjektiven Einschätzungen, objektivistischen Analysen und unkonventionellen Herangehensweisen.

Themen der aktuellen Ausgabe (#8, März 2015): Antifa gegen Pegada, Pegida & Sügida, Religionskritik, Gegenseitige Hilfe statt Tauschringe, Staatlichkeit und Überwachung, Notwehr gegen die ARGE, uvm.

Anzeige

